Nummer 51 Hannover, 20. Dezember 1930 39. Jahrgang

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.

Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3 gespalt. Petitzeile.

Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postscheckkonto: Nr. 358 15 Postscheckamt Hannover.

Verlag von A. Brey. Druck von E. A. H. Meister & Ko., beide in Hannover.

Redaktionsschluß: Montag morgen 9 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: Hans Lawerenz, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover M, Rathenauplatz 3. Fernsprechanschlüsse 2 28 41 und 2 28 42.

Eine Wirtschaftsordnung voll Widersinn und Ungerechtigkeit.

Widersinnig und ungerecht im höchsten Grade, das ist das Urteil, das jeder über die gegenwärtige kapitalistische Wirtschaftsordnung fällen muß, der die heutige Krise betrachtet, in der sich die Volkswirtschaft fast aller Länder befindet. Nur wenige Länder sind von den allgemeinen schweren Erschütterungen des Wirtschaftslebens verschont geblieben, wie wir es auch an anderer Stelle unseres Blattes ausführen. Krise aus Mangel an Kaufkraft und Absatz oder Krise aus Überfluß, wie ein hervorragender französischer Wirtschaftsführer kürzlich die Wirtschaftskrise in Frankreich bezeichnete, das ist in den letzten Wirkungen ganz gleichgültig. Denn immer ist es der Minderbemittelte, der diese letzten unheilvollen Wirkungen jeder Wirtschaftskrise am bittersten verspürt. Für die Arbeiterschaft wird sich jede Krise zuletzt als eine Krise aus Mangel an Kaufkraft darstellen, weil sie sie dadurch am lebhaftesten fühlt. Auch die jetzigen trostlosen Zustände im Wirtschaftsleben stellen sich schließlich in einer katastrophalen Schwächung der Kaufkraft der Arbeiterschaft am deutlichsten zur Schau. Arbeitslosigkeit und Verdienstminderung durch Lohnabbau berauben die arbeitenden Klassen der Möglichkeit, sich die lebensnotwendigen Güter in genügender Menge zu verschaffen. Nach den letzten Veröffentlichungen des Instituts für Konjunkturforschung betrug der Rückgang des Arbeitseinkommens in Deutschland im Jahre 1930 rund 4 Milliarden Mark gegenüber dem Vorjahre. Das ist eine erschreckend hohe Summe, an der die Arbeiterschaft und die unteren und mittleren Angestellten den größten Anteil haben, weil bei ihnen das Arbeitseinkommen die allerstärkste Verminderung durch Arbeitslosigkeit und Lohnabbau erfahren hat.

Das bestätigt auch das Institut für Konjunkturforschung. Es berichtet, daß z. B. bei der Industriearbeiterschaft der Rückgang der Durchschnittsverdienste wahrscheinlich 5 bis 10 Prozent beträgt. Diese Lohnverluste sind aber durch die bisher eingetretenen ganz seltenen Preissenkungen bei weitem nicht ausgeglichen worden. Die Wirkung auf die Wirtschaft kann nur die allerschlimmste sein, wenn der Lohn weiterhin lustig abgebaut wird und die Preise auf der alten Höhe bleiben oder gar noch steigen, wie es in einigen Fällen auch beobachtet werden kann. Was aber die Arbeiterschaft so erbittern muß, ist die Tatsache, daß in den Vorratshäusern der Wirtschaft so viele Waren lagern, die ihr nur unerreichbar sind, weil sie sie nicht bezahlen kann, und daß die Unternehmer zu alledem noch den Hohn aufbringen, ihr zu sagen, daß die Arbeiter die aufgestapelten Waren kaufen können, wenn sie sich einen Lohnabzug gefallen lassen.

Tatsächlich sind die vorrätigen Warenmengen riesengroß. Nach den Schätzungen von führenden Handelszeitungen lagern zur Zeit an allen Stapelplätzen der Welt Riesenmengen von Rohstoffen, Lebensmitteln und Fertigwaren. Mehr als 10 Millionen Tonnen Weizen, 3,6 Millionen Tonnen Zucker, 1,5 Millionen Tonnen Kaffee, 16 Millionen Tonnen Steinkohle und 1,2 Millionen Tonnen Baumwolle warten an den Weltmärkten auf den Käufer. Aber Preissenkung? Auf keinen Fall, denn dann würden ja die Unternehmer in ihren Gewinnen geschmälert, und diese sind doch das Allerheiligste, an dem nicht gerüttelt werden darf. Ist es nicht ein Wahnwitz sondergleichen, daß ungezählte Millionen von Menschen bitterste Not leiden, während in Kanada die Landwirte ihre Dampfkessel und Öfen mit Gerste heizen, weil der Verkaufspreis ihnen zu niedrig ist, und die brasilianischen Kaffeehändler ganze Schiffsladungen von Kaffee ins Meer schütten, weil er zu billig ist und die Händler somit nicht genug verdienen?

Das ist ein eindringlicher Anschauungsunterricht, den die Arbeiterschaft hier von der Vortrefflichkeit des kapitalistischen Wirtschaftssystems erhält. Aber diese Erfahrungen sind sehr teuer. Und sie werden der Arbeiterschaft noch viel teurer werden, wenn sie sich nicht noch in letzter Stunde darauf besinnt, daß sie diese unsinnige, ungerechte Ordnung nur dann durch eine sinnvolle und gerechte Wirtschaftsordnung ablösen kann, wenn sie dem geeinten Unternehmertum in ebenso großer und noch festerer Einigkeit gegenübertritt.

In der schwersten Zeit, in der Einheit und solidarisches Zusammenstehen so bitter notwendig ist wie nie zuvor, darf sich die Arbeiterschaft keine Versuche mit kommunistischen oder nationalsozialistischen Sonderverbänden erlauben. Keine dieser beiden Richtungen hat auch nur die geringsten Erfolge für die arbeitenden Klassen aufzuweisen, sondern sie führen die Arbeiterschaft nur noch tiefer in Not und Elend hinein. Die Nationalsozialisten haben sich erst kürzlich im Reichstag selbst entlarvt als Schützer des Kapitals und der Großverdiener oder, richtiger gesagt, „Großempfänger", denn von Verdienen im wahren Sinne des Wortes kann bei diesen Leuten ja keine Rede sein. Und die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition hat durch ihre Spaltungstaktik und ihre trotz der kurzen Zeit ihres Bestehens recht große Zahl von siegreichen Niederlagen nur eine weitere Schwächung der Arbeiterschaft erreicht.

Es ist reine Selbsterhaltungspflicht der Arbeiterschaft, wenn sie allen Spaltungsversuchen mit entschiedener Abwehr begegnet. Die kapitalistische Wirtschaftsordnung wird der sozialistischen weichen müssen. Aber die sozialistische Gemeinwirtschaft kann nicht durch den kühnen Handstreich einer noch so „revolutionären" Minderheit eingeführt werden, sondern nur durch die mit unerschütterlicher Einigkeit in den freien Gewerkschaften organisierte Arbeiterschaft.

Unsere Weihnachtsbotschaft.

Aus kindlichen Träumen gewoben,
fließt Weihe über das Land;
Wünsche schweben zum Himmel,
von schneeigen Schwänen bespannt;
Sterne funkeln hernieder
vom weihnachthimmlischen Zelt;
Klingend grüßen die Glocken
den menschgewordenen Heiland der Welt.

Zu jeder Hütte führt leuchtend
ein bethlehemitischer Stern;
In jeder Hütte steht dürftig
eine Krippe des Herrn;
In jeder Hütte schafft emsig
eine Maria der Not;
Aus jeder Hütte geht täglich
ein Joseph nach Trank und nach Brot.

In jede Hütte dringt mahnend,
bald leise, bald donnergeschwellt,
Die alte heilige Botschaft
von der Erlösung der Welt —
Von der Erlösung aus Trübsal,
Unterdrückung und Zwang;
Die Botschaft tragen die Glocken
die ganze Erde entlang.

Und jeder gesellt sich zu jedem,
der diese Botschaft versteht,
Und jeder vereint sich mit jedem,
der dieses Samenkorn sät,
Und aus Millionen Krippen
wachsen Erlöser hervor;
Sie tragen die darbende Menschheit
zur Sonne — zur Sonne empor!

Viktor Kalinowski.

Das wahre Gesicht der nationalsozialistischen „Arbeiter"partei.

Diese Partei, die mit ihren verlogenen Phrasen von „Bekämpfung des Kapitals", „Brechung der Diktatur der Geldfürsten" usw. auch in der Arbeiterschaft dummgläubige Anhänger sucht und leider auch zum Teil findet, läßt die scheinbar kapitalistenfeindliche Maske immer mehr fallen.

In der Reichstagssitzung vom Dienstag, dem 9. Dezember 1930, stimmte die nationalsozialistische Fraktion geschlossen gegen folgende Anträge:

1. Alle Vermögen über 500 000 Reichsmark werden einer einmaligen Steuer von 20 vom Hundert unterworfen.
2. Alle Dividenden und sonstigen ausgeschütteten Gewinne bei gewerblichen Unternehmungen werden einer Steuer in Höhe von 20 vom Hundert der Ausschüttung unterworfen.
3. Alle Aufsichtsratstantiemen und ähnliche Vergütungen unterliegen einer Sondersteuer in Höhe von 20 vom Hundert.
4. Alle Einkommen über 50 000 Reichsmark werden mit einer Sondersteuer in Höhe von 20 vom Hundert jährlich belegt.

Infolge der kapitalsfreundlichen Haltung der Nationalsozialisten wurden diese Anträge mit 319 gegen 197 Stimmen abgelehnt. Für die Anträge stimmten nur Sozialdemokraten und Kommunisten.

Hätten die Nationalsozialisten für diese Anträge gestimmt, so wären sie mit etwa 300 gegen 215 Stimmen angenommen worden.

Etwas anderes war von einer Partei, die auf die finanzielle Unterstützung der Unternehmer dringend angewiesen ist, nicht zu erwarten. Es gibt ja in ihren Reihen auch zuviel Großverdiener und von Großverdienern abhängige Leute, als daß sie es wagen dürften, ernsthaft etwas gegen den Besitz zu unternehmen. Wie sagte doch Bismarck: „Man so tun." Die Nazis „tun auch man so". Daß sie ihren wahren Charakter als Schützer des Kapitals und Feinde der Arbeiterschaft und der wahren Volksinteressen jetzt immer mehr zeigen, ist auch eine Warnung, weil es beweist, daß sie sich stark genug meinen, die Arbeiterschaft und den Teil des deutschen Volkes, der nicht zu ihnen und ihren finanzgewaltigen Freunden zählt, zu terrorisieren. Die neusten Taten der Nazis müssen auch dem einfältigsten Arbeiter, der noch an ihre Phrasen glaubte, zeigen, daß er von der Partei der weißen Mäuse und Blindschleichen, der Stinkbomben und Pflastersteine nicht die geringste Wahrung seiner Interessen zu erwarten hat. Die Nazis sind die Todfeinde der Arbeiterschaft!

Weltwirtschaftskrise und Kapitalismus.

Ein derartiger Rückschlag, wie ihn die Weltwirtschaft gegenwärtig durchlebt, konnte noch niemals beobachtet werden. Selbst die schweren Krisen in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts und alle anderen, die seitdem den Aufstieg der Weltwirtschaft zeitweilig hemmten, sind mit dem gegenwärtigen Niedergang nicht zu vergleichen. Das Institut für Konjunkturforschung macht in seinem Vierteljahresheft über die Weltkonjunktur Ende 1930 interessante Feststellungen. Auch in den letzten Monaten haben sich die rückläufigen Neigungen weiter verschärft. Namentlich in der industriellen Produktion, im Verkehr und vor allem im Außenhandel hält der Rückgang unvermindert stark an. Das Rückgangstempo der Weltmarktspreise hat sich verlangsamt. Die Entspannung der Kapitalmärkte schreitet fort. Die industrielle Investitionstätigkeit bleibt aber in allen Ländern geringer. Eindeutige Anzeichen für einen bevorstehenden Tendenzumschwung sind nirgends zu erkennen. Der Niedergang lastet besonders schwer auf den überseeischen Rohstoffländern. Währungsstörungen und politische Unruhen waren die Folgen. Genau so schwer sind einige Industriestaaten in Europa betroffen. Dies gilt vor allem für Großbritannien und Deutschland. Wenn auch die übrigen europäischen Staaten noch eine gewisse Widerstandsfähigkeit zeigen, so werden auch sie immer stärker in den Strudel der Weltwirtschaftskrise nicht zuletzt durch die verminderte Kaufkraft der Rohstoffländer hineingezogen. Durch die zwangsläufige Wechselwirkung von äußerem und innerem Kaufkraftschwund der Volkswirtschaften bietet die Weltwirtschaft gegenwärtig das Bild der mannigfaltigsten, dabei sich verschärfenden Krisen und Niedergangserscheinungen.

Das ist der Zustand, in dem sich die Weltwirtschaft befindet. Im November d. J. waren alle Staaten der Welt auf dem Tiefstand der Wirtschaftslage angelangt oder in einer Abwärtsbewegung begriffen. Sogar Staaten, wie Frankreich, Norwegen und Irland, sind von der Niedergangswelle zum Teil überflutet worden. Einen hohen Geschäftsgang verzeichnet nur noch Dänemark. Eindeutige Anzeichen für einen bevorstehenden Umschwung sind nicht erkennbar, wenn sich auch die Niedergangsbewegung infolge des allgemeinen Tiefstandes verlangsamt hat. Wir haben also eine sich selbst nährende Krise zu verzeichnen, bei der Ursache und Wirkung sich gegenseitig beeinflussen. Nach dem deutschen Konjunkturinstitut entfallen bei Wägung der Länder nach ihrem Anteil am Welthandel 15 v. H. auf die Gruppe mit leichten, 67 v. H. auf die Gruppe mit starken und 19 v. H. auf die Gruppe mit abgeschwächten Rückgangsmerkmalen. Zur Gruppe mit leichtem Rückgang zählen Frankreich, Holland, Schweden, Irland, Norwegen und die Schweiz. Einen starken Rückgang haben u. a. folgende Länder zu verzeichnen: Deutschland, Großbritannien, Österreich, Tschechoslowakei, die südamerikanischen Staaten, Japan usw. Abgeschwächte Rückgangsmerkmale weisen u. a. auf: Polen, Finnland und die Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Die Gesamtarbeitslosigkeit der Welt wird gegenwärtig auf 15 bis 18 Millionen Menschen geschätzt. Wenn man demgegenüber feststellen muß, daß die Vorräte an Rohstoffen sich gewaltig gesteigert haben, so zeigt sich hierin der Widersinn der kapitalistischen Wirtschaft sehr deutlich. Das Mißverhältnis zwischen Produktion und Verbrauch hat in außerordentlicher Weise zu dem Anwachsen der Vorräte geführt. Die Vorratszunahme macht gegenüber dem Vorjahr teilweise bis 500 v. H. aus. Nur in einer unorganisierten Weltwirtschaft, die nach individualistischen Gesichtspunkten geleitet wird, ist ein derartiger Widersinn von Massenarbeitslosigkeit und unverkäuflichen Warenbergen möglich. Bezüglich der Preisgestaltung ist eine Verlangsamung des Preisrückganges an den Weltrohstoffmärkten festzustellen. Die außerordentliche Höhe der Vorräte drückt naturgemäß auf die Preise. Handel und Industrie halten mit der Wiederauffüllung ihrer Lager zurück.

Aus diesen Gründen sind die Umsätze im Welthandel weiter zurückgegangen. Der Außenhandelsumsatz der europäischen Länder sank weniger stark als derjenige der außereuropäischen Länder. Die Entlastung der Handelsbilanz der europäischen Länder ist mit einem beträchtlichen Rückgang der ausgeführten Mengen verbunden gewesen. Dieser aber bedeutet Verringerung der Beschäftigung, Zunahme der Arbeitslosigkeit und ein Sinken der Kaufkraft der breiten Massen.

Der Rückgang der industriellen Produktion der Welt seit Mitte des vorigen Jahres wird auf ein Viertel geschätzt. Auf Teilgebieten ist der Rückgang noch erheblich größer. Dies trifft insbesondere auf die Roheisenerzeugung

und Rohstahlerzeugung zu. Der Rückgang des industriellen Beschäftigungsgrades ist sehr unterschiedlich. Großbritannien zeigt einen Rückgang um etwa 19 v. H., während in Deutschland und den Vereinigten Staaten der Rückgang etwa 20 v. H. beträgt.

Ein Vergleich mit den Weltkrisen früherer Zeiten ergibt sehr interessante Aufschlüsse. Namentlich auf der Mengenseite der Produktion sind die Rückschläge gegenwärtig viel schärfer als in allen früheren Krisen. Auch bezüglich der Schwankungen des Lohneinkommens und der Verminderung des Volkseinkommens überhaupt werden jetzt starke Abweichungen von den früheren Krisen beobachtet. In der Vorkriegszeit sank das Lohneinkommen sowohl in Deutschland als auch in den übrigen hochkapitalistischen Ländern nur sehr wenig. Dagegen hat die Arbeiterschaft in allen Ländern heute gewaltige Einbußen zu verzeichnen. Im übrigen ergeben sich Vergleichsmerkmale der heutigen mit den früheren Weltwirtschaftskrisen. Heute wie in den siebziger Jahren sind den Krisen große technische Fortschritte, die die Produktionsentwicklung gewaltig vorwärts getrieben haben, vorausgegangen. Damals waren es Erfindungen, die mit der Dampfmaschine in Verbindung standen, heute ist es der Ölmotor, die Elektrotechnik usw. Dennoch darf nicht übersehen werden, daß grundlegende Unterschiede vorliegen. Im Verlauf von 50 Jahren hat sich die kapitalistische Wirtschaftsverfassung ganz gewaltig geändert. Damals hatten wir eine freie Wirtschaft vor uns, während heute in allen Ländern eine mehr oder weniger staatlich oder privatwirtschaftlich gebundene Wirtschaft zu verzeichnen ist. Die starke Preisbildung z. B. verhindert einen raschen Ausgleich. Der Pendel der Krise schlägt deshalb so weit aus, weil die Gebundenheit der Wirtschaft heute so stark in Erscheinung tritt.

Die Untersuchungen der Weltwirtschaftskrise geben keine Hoffnung auf baldige Besserung. Die kapitalistische Wirtschaftsweise ist unfähig, die Probleme zu lösen, die ihr gestellt sind. Was aber bis zu ihrer Ersetzung durch eine bessere Ordnung der Dinge verhütet werden muß und kann, ist eine Schädigung der arbeitenden Klassen aller Länder. Und nur starke Gewerkschaften können es verhindern, daß alle Lasten eines wirtschaftlichen Niederganges auf das arbeitende Volk abgewälzt werden.

„Führer"-Plattheiten.

Nach dem „Hannoverschen Kurier" Nr. 560 vom 29. November 1930 hat Hitler anläßlich der Wahlen zum Bremischen Landtag am 28. November 1930 in Bremen in einer Wahlrede gesagt:

„Die drohende Katastrophe liege weniger in der Krankheit der Wirtschaft als des politischen Lebens. Im Kampf um die Begriffe Nationalismus und Sozialismus sei das Reich zerrieben und gestürzt worden. Erst jetzt durch die große Not lerne auch der Proletarier begreifen, daß sein Leben nicht gebunden sei an eine Klasse, sondern an das Leben der Nation. Jetzt sei wiederum der Zeitpunkt da, wo die Entscheidungsfrage gestellt werde: Sind wir noch ein Volk? Sollen wir als Volk wieder gemeinsam in Erscheinung treten oder uns auf ewig in Klasseninteressen spalten? Die Aufgabe der nationalistischen Bewegung sei lediglich, daß wir aufhörten, uns als Marxisten oder als patriotische Bürger zu fühlen, denn keine dieser beiden Richtungen sei stark genug, die andere zu überwinden und in sich aufzunehmen. Es müsse eine Brücke gefunden werden, die die beiden Lager Nationalismus und Sozialismus miteinander verbinde."

Wer so redet, der hat allerdings Ursache, den Marxismus zu bekämpfen. Marxismus ist eben eine ebenso solide wie schwere Wissenschaft. Marxismus ist im wesentlichen die Aufzeigung der wirtschaftlichen und soziologischen Entwicklungsgesetze, die ein kluger Mann nicht bekämpfen kann. Marxismus läßt sich am einfachsten bekämpfen, indem man die besten Köpfe „in den Sand rollen" läßt. Daß die Krankheit weniger in der Wirtschaft liegt als im politischen Leben, könnte man Hitler insofern zugestehen, als der Nationalsozialismus als Politik allerdings eine Krankheit ist, und zwar eine bösartige. Trotzdem ist die Behauptung Hitlers falsch. Hitler weiß wohl nicht, daß die Politik nichts anderes ist als die wirtschaftliche Interessenvertretung der verschiedenen Gesellschaftsschichten, also der Klassen, die Marx nicht gemacht, sondern nur aufgezeigt hat. Das Reich ist zerrieben und gestürzt worden? Nein, aber der Monarchismus! Er mag sich bei den Patrioten und den Nationalisten bedanken, deren Dummheit und Feigheit hat das Reich an den Rand des Ruins gebracht. Die Sozialisten, die Marxisten haben das Reich gerettet. Hitler meint, jetzt erst lerne auch der Proletarier, daß sein Leben nicht an eine Klasse, sondern an das Leben der Nation gebunden sei. Das haben die marxistischen Arbeiter 1918 besser begriffen als mancher sogenannter Patriot, sonst wäre Deutschland elendiglich zusammengebrochen. Besonders wenn sie sich solange besonnen hätten, was zu tun sei, wie Hitler — seine Freunde. „Sollen wir ... uns auf ewig in Klasseninteressen spalten?" fragt Hitler. Menschen können sich überhaupt nicht in Interessen spalten. Aber hat denn Hitler wirklich keinen Schimmer von Soziologie? Ist denn diese nur eine metaphysische Konstruktion? „Marxisten, patriotische Bürger." Was sollen die Schlagworte? Wer ist der patriotische Bürger? Der Rauschbold? Oder der, der seinen Patriotismus fortwährend betont, um damit politische oder Geldgeschäfte zu machen. Der Patriotismus kann nur Sache ernster vernünftiger Männer sein, aber nicht eine Sache der Totschläger und feigen Mörder. Wo ist das Italien der besten Italiener? Die blutigen „Patrioten" haben es ihnen genommen. Die wirklichen Sozialisten brauchen den Nationalismus nicht erst zu suchen. Und einen bluttriefenden, aus Roheit und Dummheit aufgeputzten Afternationalismus lehnen sie ab. Insbesondere, weil sie nicht dulden können, daß die Arbeiterschaft in demagogischer Weise mißbraucht wird im Interesse unserer steuerscheuen, kapitalflüchtigen Patrioten. Im nationalsozialistischen Lager sammelt sich die ganze reaktionäre Gesellschaft von rechts, sie will ihre alten Einkünfte zurückholen. Die verführte Arbeiterschaft wird früh genug merken, wie sie von den Nationalsozialisten an der Nase herumgeführt wird.

Zahlstellenleiterkonferenz im Gau 7.

Am 22. und 23. November tagte in Riesa i. S. eine Zahlstellenleiterkonferenz. Anwesend waren aus 28 Zahlstellen 89 Delegierte sowie 8 Delegierte des Gauvorstandes und Gaubeirates und die Kollegen Nenninger vom Keramischen Bund und Adler vom Hauptvorstand.

Die Konferenz hatte sich nicht nur mit den geschäftlichen Fragen im Gau, sondern vor allem auch mit den Ursachen, Wirkungen und Mitteln zur Behebung der Krise sowie mit Fragen der Interessenvertretung der Arbeiterschaft in den Betrieben zu beschäftigen. Deshalb standen die beiden Referate „Wandlung, Fehlerquellen und Stand der deutschen Wirtschaft", gehalten vom Kollegen Nenninger (Charlottenburg), und „Betriebsräte und Gewerkschaften", gehalten vom Kollegen Adler (Hannover), im Brennpunkt der Tagung.

Die vom Kollegen Hüppner erstatteten geschäftlichen Mitteilungen und Beschlüsse betr. Entschließung des Hauptvorstandes und der Gauleiterkonferenz in Hannover, über Filmvorführungen im Gau, Förderung der Agitation sowie über den finanziellen und organisatorischen Stand der Organisation werden nach der Aussprache zur Kenntnis genommen.

Dem ersten Verhandlungstag schloß sich in den Abendstunden eine Vorführung des Verbandsfilms „Aufstieg" an.

Der zweite Verhandlungstag brachte ein außerordentlich wirkungsvolles Referat des Kollegen Nenninger. Der Redner schildert an Hand eines außerordentlich reichhaltigen Zahlen- und statistischen Materials sowie an Hand von wirtschaftlichen Beispielen die Ursachen und Wirkungen der Wirtschaftskrise in Deutschland, ihre Auswirkung auf dem Arbeitsmarkt und auf den Lebensstandard der Arbeiterschaft. Die Grundursachen liegen mit an der Geldverschiebung auf dem Weltmarkt, den Reparationslasten, der fortschreitenden Industrialisierung früherer rein agrarischer Länder und Verschiebung des Welthandels. Die Auswirkungen dieser Grundursachen sowohl in der Industrie als auch in der Landwirtschaft werden der Konferenz vom Referenten in sehr verständlicher Form nahegebracht. Auf die die Arbeiterschaft besonders bewegenden Fragen „Wie kann eine Belebung der Wirtschaft erfolgen?" und „Wie können die Schädigungen für die Arbeiterschaft abgebogen werden?" wird auf die Entschließung des Bundesvorstandes hingewiesen und nach Aussprache folgende Entschließung durch die Konferenz einstimmig angenommen:

Unsere Forderung an den Staat.

Es genügt nicht, daß der Staat jedem Staatsbürger die Mittel zur Existenz überhaupt gewährt, daß er daher jedem, dessen Arbeitskraft nicht ausreicht, sich diese Mittel zu erwerben, beisteht. Der Staat muß mehr tun; er muß jedem beistehen, daß er eine gesundheitsmäßige Existenz habe.

Virchow.

*

Wenn ein Reich nach vernünftigen Grundsätzen regiert wird, muß es sich schämen, wenn Armut und Dürftigkeit herrschen; wenn aber ein Reich nicht nach vernünftigen Grundsätzen regiert wird, muß es sich des Reichtums und der Ehren schämen.

Indisch.

Entschließung.

„Die am 22. und 23. November 1930 in Riesa tagende Zahlstellenleiterkonferenz des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, Gau 7, stellt sich hinter die vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund aufgestellten Richtlinien in bezug auf die schließliche Aufhebung der Reparationsverpflichtungen, Sanierung der öffentlichen Finanzen, 40-Stunden-Woche, Erhaltung der Reallöhne, Angleichung des deutschen Preiskegels an die Weltmarktpreise, Bekämpfung unwirtschaftlicher Preisbindungen, Förderung einer zeitgemäßen Umstellung der Landwirtschaft, den Kampf gegen die Übergewinne des Zwischenhandels, den Kampf gegen den heutigen Zunftgeist der Innungen und die Förderung des genossenschaftlichen Zusammenschlusses.

Die anwesenden Delegierten werden in ihren Zahlstellen und Betrieben dafür Sorge tragen, die Arbeiterschaft in diesem Sinne aufzuklären, um sie zu veranlassen, gemeinsam mit den Gewerkschaften den Kampf zur Erreichung des gesteckten Gewerkschaftszieles aufzunehmen.

Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft muß alle Zersplitterungsversuche der KPD. und der Nazis mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Nur wenn die Einheitlichkeit und Geschlossenheit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft gewahrt bleibt, ist es möglich, diesen Kampf mit Aussicht auf Erfolg durchzuführen. Die anwesenden Delegierten verpflichten sich, in diesem Sinne tätig zu werden."

Zu Punkt 3 der Tagesordnung: „Betriebsräte und Gewerkschaften" referierte Kollege Adler. Sein Vortrag streift die Entstehungsgeschichte der Betriebsvertretungen und skizziert die Wichtigkeit der denselben gestellten Aufgaben. Redner lenkt das Augenmerk der Konferenz auf die Wichtigkeit der Wahlen und weist auf die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses 1925 zur Einleitung der Wahlen hin.

Unter Heranziehung von zahlreichen Beispielen weist er nach, welche Auswirkungen das Arbeiten der Betriebsvertretungen in ihrem Aufgabenkreis in den Betrieben gezeitigt hat. Die Wahlen für 1930 zeigen trotz eines nominellen Rückganges der Zahl der Betriebsratsmitglieder mit 20 599 freigewerkschaftlichen Betriebsratsmitgliedern gegen 135 Christen und 46 Hirsch-Dunckersche den überragenden Einfluß der freien Gewerkschaften.

Von den Kollegen Siegmund (Chemnitz) und Nickel (Heidenau) wird auf den ungenügenden Schutz des Gesetzes bei Entlassungen von Betriebsratsmitgliedern vor allem in den Ziegeleien und bei Aufstellung von Kandidatenlisten hingewiesen. Diese Frage wird vom Kollegen Adler dahin beantwortet, daß es sich die Gewerkschaften zum Ziele gesetzt haben, das Gesetz an sich verbessern zu helfen, diese Frage aber an der politischen Konstellation des Parlaments vorläufig scheitere.

Unter allgemeinen Verbandsangelegenheiten wird vom Kollegen Schumann (Leipzig) die Beseitigung der Unklarheiten bei Beitragsleistung von Altersinvaliden und bei Berechnung des Sterbegeldes verlangt. Kollege Jeremies (Bautzen) tritt für gleiche Behandlung der Schwerbeschädigten und Altersinvaliden bei gleicher Beitragsleistung wie arbeitende Mitglieder ein und weist auf die organisatorischen Schäden hin, die bei der jetzigen Behandlungsweise den Zahlstellen erwachsen.

Adler (Hannover) gibt der Konferenz ein umfassendes Bild, wie sich die Invalidenunterstützung in unserem Verband auswirkt und weist auf die Bestimmungen des Statuts hin, nach welchen verfahren werden müsse.

Die auf Grund der großen Arbeitslosigkeit von der sächsischen Regierung herausgegebenen Richtlinien zur Milderung und Behebung der Arbeitslosigkeit werden von den Kollegen Schumann (Leipzig), Tempel (Freiberg) und Hüppner (Dresden) in ihrer Entstehung und Auswirkung behandelt, wobei die Frage der Entlassung von Doppelverdienern eine geteilte Meinung der Delegierten erkennen läßt.

Die Konferenz beschließt, die Festsetzung des Tagungsortes der nächsten Zahlstellenleiterkonferenz dem Gauvorstand zu überlassen.

Richard Mager, Schriftführer.

Frauenfragen.

Die Heimvolkshochschule Tinz und ihre Bedeutung für die Arbeiterin.

Eine unserer Kolleginnen, die zur Zeit einen Frauenkursus in Tinz besucht, sandte folgenden Bericht an unser Arbeiterinnensekretariat. Wir veröffentlichen diesen Bericht als Anregung für alle an ihrer geistigen Weiterbildung interessierten Kolleginnen.

Tinz ist eines der alten Fürstenschlösser, in denen die ehemaligen „Edelsten der Nation" in Saus und Braus lebten, zu Zeiten, als an eine besondere Arbeiterinnenbildung kaum zu denken war. Nach der Staatsumwälzung wurde das Schloß in eine Volkshochschule umgewandelt. Seitdem ist hier eine wirkliche Stätte der Arbeiterbildung zu schauen. Die Ergebnisse dieser in besonderen Männer- oder in besonderen Frauenkursen sich entfaltende Bildungstätigkeit müssen der Arbeiterbewegung zum Besten dienen.

Die Volkshochschule Tinz ist eine sozialistische Schule, die die sozialistische Weltanschauung pflegen will. Als Hauptfächer seien genannt: Einführung in Geschichte, Wirtschaftslehre, Psychologie, Literatur und Kunst. Der Geschichtsunterricht zeigt uns die großen Entwicklungslinien der Gesellschaft. Das ist für unsere praktische Arbeit in der Bewegung natürlich sehr wichtig. Richtige Erkenntnisse aus der Wirtschaftslehre müssen gerade die Gewerkschaften zu umfangreicher Frauenagitation im heutigen Stadium der Entwicklung veranlassen. Gerade wir Funktionärinnen der Arbeiterbewegung müssen die Gegensätze zwischen Arbeiterschaft und Unternehmer besser verstehen lernen, um den Kampf auch besser bestehen und erfolgreicher führen zu können. Für die proletarische Bildungsarbeit ist aber auch die Psychologie (Seelenkunde) sehr wichtig. Die Frauenarbeit und Agitation für die Arbeiterbewegung braucht gewiß Menschen, die ihren Mitarbeiterinnen gerecht zu werden vermögen, sich in die Seele ihrer Mitkämpfer hineinfühlen können. Auch Kunst und Literatur müssen dem Funktionär, überhaupt dem Proletariat noch viel näher gebracht werden.

Als Ergänzung der einzelnen Unterrichtsfächer und Unterrichtsstunden finden die Seminare statt, in denen die Themen behandelt werden, die im Unterricht selbst wenig oder keine Berücksichtigung finden können. Für besondere Spezialfragen bestellt die Tinzer Schule Gastlehrer. Für uns Frauen gibt es natürlich allerlei Spezialfragen. So sprach in Tinz Genossin Kurgas über das Thema: „Die Frau in der Gesellschaft und im Recht (BGB.)". Genossin Lemke sprach über „Wohlfahrtsfragen" und Genossin Hanna vom ADGB. über „Die Frau in der Gewerkschaft". Genosse Jensen aus Braunschweig sprach mit uns über Erziehungsfragen. — Zur Abwechslung gibt es wieder einmal einen schönen literarischen oder musikalischen Abend. Das ist ebenfalls nötig.

Pfingsten 1930 feierte Tinz sein 10jähriges Bestehen. Das bedeutet gewiß für unsere Frauenschulung schon etwas. Wenn es nach dem Nazi-Minister Frick gegangen wäre, hätte die Heimvolkshochschule Tinz ihre Pforten schließen müssen. Er sperrte der Schule zwei Drittel der staatlichen Zuschüsse — sicher als Beweis dafür, welche Feinde der Arbeiterbildung die Herren National„sozialisten" sind. Dies müßte doch gerade uns Arbeiterinnen zeigen, wie wichtig es ist, daß die Machtverhältnisse in Deutschland geändert werden. Wirtschaftlich und gesellschaftlich überall benachteiligt, ist zwar der Abwehrkampf der Arbeiterin ebenso schwierig wie er nötig ist. Aber wir dürfen doch nicht zugeben, daß das Nazi-Ideal der „kummen teutschen Hausfrau" zum Hindernis für die Arbeiterinnenbildung wird. Deshalb müssen wir jetzt erst recht dafür sorgen, daß sich in allen Orten die Kolleginnen zur Bildungsarbeit und zum besonderen Studium der Arbeiterinnenfragen drängen, damit wir befähigte Kolleginnen in der Gewerkschaft haben, die auch wirksam für die Arbeiterinnen sprechen und handeln können. Tinz darf sicher als eine der besten Bildungsstätten für diesen Zweck genannt werden.

Minna Rossius.

Jugendbewegung.

Konferenz der gewerkschaftlichen Jugendleiter.

Die für die jüngere Arbeiterschaft besonders nachhaltigen Wirkungen der großen Arbeitslosigkeit bildeten den Ausgangspunkt für die Erörterungen in einer vom Vorstand des ADGB. einberufenen Zusammenkunft der gewerkschaftlichen Jugendleiter, die am 27. und 28. November in Berlin stattfand. Es wurden die Vorschläge besprochen, die auf eine Entlastung des Arbeitsmarktes der Jugendlichen hinzielen, es wurde ferner ein Erfahrungsaustausch über die Mittel und Wege vorgenommen, die es den Gewerkschaften am besten ermöglichen, für die von der Arbeitslosigkeit betroffenen jüngeren Gewerkschafter zu sorgen und mit ihnen Verbindung zu behalten.

Von den in der Öffentlichkeit diskutierten Vorschlägen zur Entlastung des Arbeitsmarktes ist es besonders der auf Verlängerung der Schulpflicht, der die Jugendlichen betrifft. Diese Maßnahme stand schon in früheren Jahren in Gewerkschaftskreisen zur Diskussion und wurde im allgemeinen grundsätzlich bejaht. Jetzt aber handelt es sich nur darum, ob in einem kurzen Zeitabschnitt (zwei Jahre) für die Volksschüler, die nicht in landwirtschaftliche Tätigkeit zu treten beabsichtigen, noch ein weiteres Schuljahr, das für die zum Ziel der Volksschule gelangten Schüler berufsvorbereitenden Charakter tragen soll, in Betracht zu kommen hat. Die ungeteilte Meinung der Konferenz ging nach lebhafter Aussprache über ein Referat des Kollegen Otto Heßler dahin, daß ein solches Provisorium nur geeignet wäre, dem Gedanken der allgemeinen Schulpflichtverlängerung schwerstens zu schaden.

Im Gegensatz zu dieser ablehnenden Haltung stimmte die Konferenz einmütig der Ansicht zu, daß trotz der Ungunst der Zeit versucht werden müßte, die seit Jahren nicht vom Fleck gekommene Jugendschutzgesetzgebung vorwärts zu treiben. Die noch aus der Vorkriegszeit stammende Regelung der Nachtarbeit Jugendlicher und die Tatsache, daß die von den Jugendlichen zum Besuch der Berufsschule benötigte Zeit nicht als Arbeitszeit gewertet wird, weil eine entsprechende gesetzliche Bestimmung fehlt, zwingen zu baldigen gesetzgeberischen Maßnahmen. Man war sich dabei klar darüber, daß in einem etwaigen Jugendschutzgesetz auch der Ferienanspruch für Jugendliche und der Wochenendfrühschluß gesichert werden müßten. Es wurde dem ADGB. überlassen, die geeigneten Schritte für eine Verbesserung des gesetzlichen Jugendschutzes in die Wege zu leiten.

Wirtschaftsnot und Arbeitslosigkeit beeinträchtigen den Umfang der Jugendarbeit. Mehrere für das Jahr 1931 vorgesehene größere gewerkschaftliche Jugendtreffen sind bereits abgesagt worden trotz der Erkenntnis, daß gerade in Zeiten der wirtschaftlichen Depression solche Massenaufmärsche notwendig zur Belebung der Stimmung sind. Für zweckmäßig und durchführbar wurde aber gehalten, daß die Bezirke des ADGB. es übernehmen, kleinere Jugendtreffen in Unterbezirken, die möglichst wenig Kosten verursachen, zu veranstalten. An diesen sollten sich möglichst alle dem ADGB. angeschlossenen Gewerkschaften beteiligen. Trotz der schwierigen Situation, die durch die erhebliche Verkürzung der Aufwendungen öffentlicher Stellen für Zwecke der Jugendpflege verschärft wird, sollen alle Gewerkschaften Veranstaltungen und Einrichtungen für die jüngeren Erwerbslosen treffen und fördern. Die Aussprache hierüber ergab, daß fast überall bereits von den Organisationen, oft in Verbindung mit Arbeitsämtern und Gemeindebehörden Maßnahmen der verschiedensten Art (allgemeinbildende und fachliche Kurse, unterhaltende Veranstaltungen, Bereitstellung von Lese- und Spielzimmern usw.) getroffen werden. Die Sparmaßnahmen der Behörden dürften aber nicht dazu führen, diese Veranstaltungen zu unterbinden. Es wurde im Gegenteil die Bereitstellung von mehr Mitteln als bisher für notwendig erachtet.

Die Konferenz erklärte sich dafür, daß nach einem in den Grundzügen einheitlichen, vom Jugendsekretariat des ADGB. noch zu erarbeitenden Fragebogen die Verbände mindestens halbjährlich Berichte von ihren Jugendabteilungen einzufordern hätten. Nach den von den Verbänden zusammengestellten Ergebnissen würde dann der ADGB. alljährlich einen Überblick über die geleistete Jugendarbeit zu geben haben. Für notwendig wurde erachtet, daß bei den Berichten über die Zusammensetzung der Mitgliedschaft die Gesamtheit der Lehrlinge (auch wenn sie über 18 Jahre alt sind) und der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen unter 18 Jahren erfaßt wird. Für wünschenswert wurde weiter gehalten, daß die Verbände eine vergleichbare Übersicht über die Entwicklung der Lehrlingslöhne, den Urlaub und andere tarifliche Sonderbestimmungen für Jugendliche ermöglichen.

Die von den Jugendabteilungen durchzuführende Berichterstattung soll mit dem 1. Januar 1931 einsetzen, so daß am 30. Juni 1931 der erste Halbjahresfragebogen einzuliefern wäre. Über die Tätigkeit der örtlichen gewerkschaftlichen Jugendkartelle werden die Bezirkssekretariate des ADGB. auf Grund eines noch festzulegenden Fragebogens in Zukunft regelmäßig Erhebungen anstellen.

Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung.

Änderungen der ersten Notverordnung zur Arbeitslosen- und Krankenversicherung.

Von Jos. Milewczek (Hannover).

Die durch den Reichstag in seiner Sitzung vom 6. Dezember 1930 sanktionierte Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 1. Dezember 1930 bringt in ihrem ersten Teil eine Änderung der ersten Notverordnung vom 26. Juli 1930. Es handelt sich hier insbesondere um Erleichterungen in der Arbeitslosen- und in der Krankenversicherung.

Die folgende Betrachtung soll einen kurzen Überblick über die Änderungen ermöglichen.

I. Arbeitslosenversicherung.

Während die erste Notverordnung alle Arbeitslosen, die das 17. Lebensjahr noch nicht erreicht und einen familienrechtlichen Unterhaltsanspruch haben, von der Arbeitslosenunterstützung ausschloß, hat die zweite Notverordnung die Altersgrenze von 17 auf 16 Jahre, also um ein volles Jahr herabgesetzt.

Der Paragraph 101 AVAVG. erhält Änderungen insofern, als in Abs. 1 Satz 2 an Stelle des Wortes „Berufe" das Wort „Personengruppen" gesetzt ist, und in Abs. 2 treten an die Stelle der Worte „die Krisenunterstützung erhalten Arbeitslose" die Worte „Krisenunterstützung dürfen nur Arbeitslose erhalten".

Durch die Notverordnung vom 26. Juli 1930 wurde dem Paragraphen 105 ein Absatz 3 angefügt, wonach für die Zugehörigkeit zu einer Lohnklasse kein höherer Betrag zugrundegelegt werden darf als der Grundlohn, der bei Entrichtung der Beiträge zur Reichsanstalt nach Paragraph 115 zugrundegelegt war. Hiernach war also für die Höhe der Arbeitslosenunterstützung die Höhe des Betrages maßgebend, den der Arbeitgeber der Reichsanstalt als Beitrag tatsächlich zuführte. Diese Bestimmung konnte zu folgender Härte für die betreffenden Arbeitslosen führen: Wenn der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer z. B. den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung nach seinem tatsächlichen Verdienst berechnete und in Abzug brachte, der Reichsanstalt aber einen niedrigeren Beitrag ablieferte, dann mußte dem arbeitslosen Arbeitnehmer die Arbeitslosenunterstützung entsprechend dem niedrigeren Beitrag berechnet werden.

Ein Arbeitsamt ging sogar so weit, daß es einem Arbeitslosen eine niedrigere Arbeitslosenunterstützung berechnete, weil der Arbeitgeber den Beitrag nur für 22 Wochen ablieferte, obwohl er ihn für 26 Wochen vom Entgelt des Arbeitnehmers in Abzug gebracht hatte. Das Arbeitsamt verrechnete hier den in 22 Wochen gezahlten Beitrag auf 26 Wochen, und es ergab sich dadurch logischerweise für die ganze Zeit ein niedrigerer Beitrag und infolgedessen auch eine dementsprechende Arbeitslosenunterstützung.

Diesem Mißstand hat die Notverordnung vom 1. Dezember 1930 nun ein Ende gemacht, indem sie dem Paragraphen 105 noch einen 4. Absatz angefügt hat. Dieser bestimmt: „Ein geringerer Beitrag als der, den der Arbeitgeber beim Abzug des Beitrags vom Arbeitsentgelt zugrundegelegt hat, darf auch nach Absatz 3 nicht für die Zugehörigkeit der Lohnklasse zugrundegelegt werden."

Liefert also jetzt ein Arbeitgeber einen geringeren Beitrag an die Reichsanstalt ab, als er dem Arbeitnehmer vom Arbeitsentgelt abgezogen hat, dann wird letzterem im Falle seiner Arbeitslosigkeit die Arbeitslosenunterstützung trotzdem nach dem ihm tatsächlich abgezogenen Beitrag bemessen.

Der dem Paragraphen 105 durch die erste Notverordnung angefügte Paragraph 105a garantierte den Arbeitslosen der Lohnklassen VII bis XI die vollen Unterstützungssätze ihrer Klasse nur dann, wenn sie in den letzten 18 Monaten vor der ersten Arbeitslosmeldung, die auf den Erwerb der Anwartschaft folgt, mindestens 52 Wochen in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung gestanden haben, ohne daß ihnen zwischen Beginn und Ende ihrer Beschäftigungszeit Arbeitslosenunterstützung gewährt worden ist.

Durch die zweite Notverordnung ist diese Frist von 18 Monaten auf 2 Jahre erweitert.

Die Geltungsdauer des geänderten Paragraphen 104 und des neu geschaffenen Paragraphen 105a war in der ersten Notverordnung bis zum 31. März 1931 bestimmt. Nach den neuen Vorschriften ist dieser Bestimmung keine Grenze der Geltungsdauer gesetzt.

In Kraft treten diese Änderungen am Tage der Verkündung der Verordnung, also am 1. Dezember 1930, mit der Ausnahme, daß die Vorschrift über die Herabsetzung der Altersgrenze für Jugendliche, der Absatz 4 des Paragraphen 105 und die Änderung zu Paragraph 105a Absatz 1 Satz 1 vom 8. Dezember 1930 an gilt.

II. Krankenversicherung.

In der Krankenversicherung wird insbesondere die Härte wesentlich gemildert, die sich für einen nicht geringen Teil der Versicherten durch die im Paragraphen 182a RVO. als zwingend vorgeschriebene Gebühr für die ärztliche Arzneiverordnung ergab. Die zweite Notverordnung fügt hinter dem Paragraphen 182a RVO. nämlich noch den Paragraphen 182b mit der Vorschrift ein, daß die Arzneigebühr nicht entrichtet zu werden braucht für Arznei und Heilmittel, die ein arbeitsunfähiger Kranker noch braucht, wenn er länger als 10 Tage arbeitsunfähig krank ist.

Im übrigen sind von der Verpflichtung, die Arzneigebühr zu zahlen, befreit:

1. Arbeitslose, die Hauptunterstützung aus der Arbeitslosenversicherung oder Krisenunterstützung oder als Ausgesteuerte Leistungen der öffentlichen Fürsorge erhalten;
2. Personen, die aus der Invaliden- oder Angestelltenversicherung Invaliden- oder Ruhegeld oder aus der Unfallversicherung oder nach der Reichsversorgung Rente als Schwerverletzte (§ 559b RVO.) oder als Schwerbeschädigte beziehen. Beschädigte, die neben ihrer Rente (§ 27) eine Zusatzrente (§ 88—95) erhalten, sind von der Verpflichtung, den Betrag für die Arzneigebühr zu entrichten, ebenfalls befreit;
3. solche Tuberkulöse und Geschlechtskranke, die von ihrer Fürsorge- oder Beratungsstelle eine Bescheinigung über ihre Bedürftigkeit beibringen.

Auf dem Verordnungsblatt ist die Befreiung von der Zahlung der Krankenscheingebühr zu vermerken.

Der Paragraph 187b, durch den die Notverordnung vom 26. Juli 1930 das Beschaffen des Krankenscheines vor der Inanspruchnahme des Arztes und die damit verbundene Entrichtung der Krankenscheingebühr vorschreibt, ist jetzt dahin gemildert, daß der Krankenschein in dringenden Fällen nachher geholt werden kann. Diese Vorschrift bezieht sich insbesondere auf Unfälle oder darauf, wenn wegen der mit der Abholung des Scheines verbundenen Umstände der Arzt nicht mehr rechtzeitig helfen könnte. Es wird hier immer auf eine Entscheidung von Fall zu Fall ankommen. Erwartet muß jedoch von den Krankenkassen und auch von den Ärzten werden, daß sie weitgehende Nachsicht gegenüber den Versicherten üben.

Die zweite Notverordnung bestimmt auch hier alle diejenigen Versicherten von der Zahlung der Krankenscheingebühr, die oben unter Ziffer 1 bis 3 als von der Zahlung der Arzneigebühr befreit angeführt sind.

Der Wortlaut, den die Verordnung vom 26. Juli 1930 dem Paragraphen 189 Absatz 1 RVO. gab, verpflichtete die Krankenkassen, für diejenigen Versicherten, deren Anspruch auf Kranken- und Hausgeld ruht, weil sie während der Krankheit Arbeitsentgelt erhalten, entweder die Beiträge entsprechend zu kürzen oder das Krankengeld nach Wegfall des Arbeitsentgelts auf 60 v. H. des Grundlohnes zu erhöhen. Die Krankenkasse konnte also durch Satzung entweder die Beiträge für diese Versicherten kürzen oder das Krankengeld nach Wegfall des Arbeitsentgelts auf 60 v. H. des Grundlohns erhöhen. Sie konnte aber nur das eine oder das andere; keineswegs durfte sie beides zugleich gewähren.

Durch die Änderung des Paragraphen 189 Absatz 1 Satz 2 vom 1. Dezember 1930 kann die Satzung nun für die betreffenden Versicherten neben der Kürzung der Beiträge auch noch das Krankengeld nach Wegfall des Arbeitsentgelts auf 60 v. H. des Grundlohnes erhöhen. Der erwähnte Paragraph 189 Absatz 1 Satz 2 hat folgenden Wortlaut erhalten:

„Für solche Versicherte hat die Satzung die Beiträge entsprechend zu kürzen; sie kann zugleich das Krankengeld (§ 182 Absatz 1 Nr. 2) nach Wegfall des Arbeitsentgelts auf 60 v. H. des Grundlohnes erhöhen."

Wenn es sich bei der Krankengelderhöhung auch nur um eine Kannvorschrift handelt, so ist es doch eine Verbesserung des alten Zustandes, und es ist ohne weiteres anzunehmen, daß die Krankenkassen von dieser Möglichkeit ausgiebig Gebrauch machen.

Während die Fassung des Paragraphen 194 Nr. 1, wie sie die erste Notverordnung brachte, eine Erhöhung des Hausgeldes nur für Versicherte mit mehr als einem Angehörigen ermöglichte, kann die Satzung das Hausgeld nach der Notverordnung vom 1. Dezember 1930 allgemein auf zwei Drittel des Krankengeldes und für Versicherte mit mehr als einem Angehörigen durch Zuschläge noch weiter bis zum Gesamtbetrag des satzungsmäßigen Krankengeldes erhöhen.

Drei weitere beachtenswerte Änderungen (Verbesserungen) bringt die zweite Notverordnung in bezug auf die reichsgesetzlichen Vorschriften über die Krankenfürsorge.

Die Paragraphen 63 Absatz 1 HGB., 133c Absatz 2 GO. und 616 BGB., die den Arbeitnehmern den Anspruch auf Arbeitsentgelt für 6 Wochen nach den Paragraphen 63 Absatz 1 HGB. und 133c Absatz 2 GO. und für eine verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit nach Paragraph 616 BGB. erhalten, konnten nach dem bisherigen Recht durch Vertrag beschränkt oder sogar abgedungen werden. Sie waren nachgiebiges Recht.

In Berücksichtigung des Paragraphen 189 Absatz 1 RVO. bestimmt nun die Notverordnung vom 1. Dezember 1930, daß eine vertragliche Beschränkung oder Beseitigung der Ansprüche überhaupt, die die vorstehenden Paragraphen den Arbeitnehmern garantieren, unzulässig ist.

Daraus ergibt sich, daß die Arbeitgeber bei Erkrankungen ihrer Arbeitnehmer in jedem Falle für 6 Wochen bzw. für eine verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit den vollen Lohn weiterzuzahlen haben.

Aus dieser Änderung folgt aber weiter, daß alle diejenigen Bestimmungen in Tarifverträgen, wodurch die genannten Paragraphen eingeschränkt oder abgedungen sind, nunmehr rechtsungültig sind, und daß die Arbeitnehmer in den fraglichen Fällen ohne weiteres Anspruch auf Weiterzahlung des Gehalts bzw. Lohnes haben.

In der Reichstagsdebatte zur Notverordnung vom 1. Dezember 1930 brachte der Redner der sozialdemokratischen

Ohne die Gewerkschaften keine Überwindung des Kapitalismus.

Die wesentliche Bedingung für die Existenz und für die Herrschaft der Bourgeoisklasse ist die Anhäufung des Reichtums in den Händen von Privaten, die Bildung und Vermehrung des Kapitals; die Bedingung des Kapitals ist die Lohnarbeit. Die Lohnarbeit beruht ausschließlich auf der Konkurrenz der Arbeiter unter sich. Der Fortschritt der Industrie, dessen willenloser und widerstandsloser Träger die Bourgeoisie ist, setzt an die Stelle der Isolierung der Arbeiter durch die Konkurrenz ihre revolutionäre Vereinigung durch die Assoziation. Mit der Entwicklung der großen Industrie wird also unter den Füßen der Bourgeoisie die Grundlage selbst hinweggezogen, worauf sie produziert und die Produkte sich aneignet. Sie produziert vor allem ihren eigenen Totengräber. Ihr Untergang und der Sieg des Proletariats sind gleich unvermeidlich.

Von der Entstehung der Sprache.

Wir erhärteten in verschiedenen Aufsätzen, daß die menschlichen Verhältnisse, zurückverfolgt bis in die ersten bescheidenen Anfänge, sich von Anfang an auf der Grundlage der Arbeit aufbauten. Sodann begannen wir in Betracht zu ziehen, daß neben der Arbeit als ein ebenfalls unerläßlicher Faktor der menschlichen Entwicklung auch noch die Gesellschaft zu setzen ist. Ohne die Gesellschaft wäre die Menschheit nicht zu höheren Bedürfnissen, diesem Antrieb der Arbeitsvervollkommnung, gelangt.

Wie der Mensch in seiner ganzen Entwicklung von jeher schon von der Gesellschaft abhängig war, sei nun noch weiter dargestellt.

Die Voraussetzung, um ein Werkzeug zu benutzen und herzustellen, war die Entwicklung zum Denken, zur Fähigkeit, Beobachtungen zu machen, Erfahrungen und Kenntnisse anzusammeln und sie weiter zu verarbeiten. Neben der Denkfähigkeit war aber gleich unerläßlich die Sprache: die Fähigkeit, durch sie die Gedanken und Beobachtungen zum Ausdruck zu bringen.

Wie entstand nun die Sprache?

Es ist von der Wissenschaft hin und her erörtert worden, ob der Mensch früher gesungen als gesprochen habe. Anatomische und physiologische Betrachtungen sind darüber angestellt; man hat sich auf einen der gibbonartigen Affen bezogen, der in ausgedehnter Weise seine Stimme dazu benutzt, echt musikalische Kadenzen hervorzubringen, also zum Singen. Sicher dürfte sein, daß die feine Handhabung der Atembewegungen, namentlich die leichte und freie Regelung des Ausatmens, eine Vorbedingung der Sprachentwicklung ist. Diese anatomische Bedingung wurde erfüllt durch die aufrechte Stellung des Menschen. Der Hals wurde beweglicher, der Kopf trug sich frei, der zur Hervorbringung einer artikulierten Sprache sich eignende Mund und die Beweglichkeit der Zunge bildeten sich heraus. Die Veränderung eines Organs bewirkt fast immer auch die eines anderen, weil jedes organische Wesen ein System von eng miteinander verknüpften Teilen bildet, von denen kein einziges angetastet werden kann, ohne daß die anderen nicht mitbetroffen würden.

Man muß davon ausgehen, daß einstmals in der Vorzeit ein gewaltiger Klimawechsel ein Schwinden der Waldgegenden und ein Heraufkommen waldarmer, steppenhafter Gebiete einleitete. Damit wurde beim Vormenschen auch das Aufgeben des Kletter- und Waldlebens eingeleitet; er begann seine Anpassung an das Steppenleben, an die schwerer werdenden Existenzbedingungen. Als sein Lebensschauplatz in die Steppe verlegt wurde, gewöhnte er sich an halbaufrechtes Gehen. Es begann die schnellere Entwicklung der Anlage zum vollen Menschen, dem auch die menschliche Sprache eigen. Dies alles schreitet vielleicht um so weiter fort, je mehr während der urzeitlichen Wandlungen der Naturverhältnisse die Gefahren der Eiszeit heraufdämmerten. Da entwickelte die Not am Vormenschengeschöpf erst recht die Tendenz der Anpassung mehr und mehr.

Solchen Anpassungen untersteht auch heute noch Mensch und Tier. Noch heute ist zu beobachten, zum Beispiel im wasserreichen Amazonasmündungsgebiet in Brasilien, wie den Säugetieren und Reptilien, zum Beispiel Eidechsen, aber auch Ratten, Waschbären und so weiter die Fähigkeit entstanden ist, sich durch Klettern und Wohnen im Baumgezweig während der Überschwemmungsperioden zu schützen. Selbst Ameisen errichten dort erhöht in Bäumen ihre Nester.

Ähnlicher Anpassung unterstand auch der Mensch einst gegenüber unaufhaltsamen großen Naturwandlungen. Seine einfachsten Sprachenanfänge veränderten dann zugleich aber auch die Art seiner Seele; der Mensch in diesen Zeiten wird nicht nur körperlich, sondern auch geistig ein höheres Geschöpf.

Das Vermögen der Lautäußerung durch einen in den oberen Luftwegen befindlichen Stimmapparat haben schon fast alle höheren Säugetiere. Eine große Anzahl ihrer Arten lebt auch gesellig, in Horden und Rudeln, anstatt vereinzelt; zum Beispiel die Hirsche, die wilden Pferde, die Büffel, die vielen gesellig lebenden Wiederkäuer, die meisten Affen, außerdem auch manche Vogelarten sowie die Ameisen und noch andere Tiere. Viele Tierarten ferner suchen gemeinsam ihre Futterplätze auf, wobei ein älteres Tier den Zug leitet; sie stellen Posten aus, wie die Schneegans, der Elch, das Renntier, und verteidigen sich oft gemeinsam gegen ihre Feinde; und sie tauschen bei alledem unter sich die verschiedenartigsten Mitteilungen aus.

Steht man selbst dem, was der verstorbene Erforscher der „Affensprache", der vielbekrittelte Amerikaner Garner, sowie seine Anhänger vertreten, skeptisch gegenüber, nämlich daß auch die Affen durchaus bewußt eine „Sprache" handhaben, daß sie ihre Laute, mit denen sie bestimmte Dinge bezeichnen, an bestimmte Individuen richten und von ihnen eine Antwort abwarten, daß sie eine Pause machen und die Laute wiederholen, wenn keine Antwort erfolgt, daß sie die Antwort, wenn sie erfolgt ist, verstehen und weiter beantworten, daß sie den bestimmten Laut ihrer Sprache auch dann verstehen, wenn er vom Menschen oder vom Phonographen nachgeahmt wird —, steht man, wie bemerkt, der Behauptung von einer schon so ausgebildeten Sprache der Affen auch skeptisch gegenüber, daß aber die Affen die verschiedensten Gemütsbewegungen, wie Liebe, Eifersucht, Triumph, Herausforderung an den Nebenbuhler, durch ihre Stimmen bekunden, ist außer Zweifel.

Auch eine große Reihe anderer Tiere hat Rufe und Laute, mit denen sie sich anlocken, sich alarmieren, auf bestimmte Feinde und anderweitige Gefahren aufmerksam machen, zu Kampf und Spiel herausfordern, mit denen sie Freude und Angst, Liebe und Wut zum Ausdruck bringen, und die unter den Tieren durchaus verstanden werden. Da sei nur an den Pfiff der Gemse erinnert, der die ganze Schar gerade dann verscheucht, wenn der Alpenjäger sie schon sicher vor dem Gewehr zu haben glaubt.

Daß die Ameisen sich verständigen und die Bienen desgleichen, glaubt die neue Tiersprachenforschung mit Gewißheit behaupten zu können.

Ja, nicht nur die Arten unter sich wissen sich zu verständigen, einzelne Tiere üben den Sicherheitsdienst für ihre ganze Umgebung aus. Wenn wir durch den Wald streifen, warnen die Amsel und der Eichelhäher mit ihrem Angstruf alle übrigen Tiere; den gleichen Dienst erweist die Krähe den Staren und dem übrigen Feldgeflügel, und auf die Mahnung größerer Sumpfvögel achtet die ganze kleine Vogelwelt der Sumpfgebiete.

Man behauptet auch, daß von den Raubtieren der braune Bär und der ostsibirische Tiger ihre Beutetiere (Elch, Hirsch) durch Nachahmung der Stimme an sich locken und daß der gezähmte Rabe aus eigener Erfindung das Bellen des Hundes und die gackernden Töne der Hühner nachahmt, wenn er die betreffenden Tiere sieht. Handelt es sich hier, so steht die Frage, und bei all den vorerwähnten Verständigungsmitteln der Tiere lediglich nur um unwillkürliche, unbewußte Naturlaute des Staunens, Schreckens, der Mahnung usw., oder ist mit ihnen sowie mit der Furcht vor Strafe, die wir bei Haustieren feststellen, ferner mit der Erkenntnis von gut und böse, den Äußerungen der Zärtlichkeit, der Hingabe und Verantwortung, die wir glauben erkennen zu können, nicht auch schon eine Art verständiger Begriffsbildung bei den Tieren vorhanden?

Wie dem auch sei, daß Nachahmung von Tierstimmen, Naturlauten und -geräuschen die ersten sprachlichen Äußerungen und Verständigungsmittel auch der urwüchsigen Menschen gewesen sind, ist anzunehmen. Denn bei diesen Geschöpfen griffen die Dinge der Natur am meisten ein in das Leben; es war das, wovor sie sich schützen und dessen Segnungen sie sich erschließen mußten, um zu leben.

Inwiefern nun die sich entwickelnde menschliche Sprache, dieser bedeutungsvolle Faktor aller Kulturentwicklung, zugleich auch von der Gesellschaft abhängt, lediglich nur in Verbindung mit ihr aufkommen und wachsen konnte, dies sei in einem späteren Artikel dargestellt.

W. Reimes.

Reichstagsfraktion klar zum Ausdruck, daß die von der Regierung zugebilligten Erleichterungen der ersten Notverordnung die Sozialdemokratie keineswegs befriedigen. Dieser Äußerung kann sich die Arbeitnehmerschaft, insbesondere die organisierte, nur anschließen.

Jeder objektive Beobachter der politischen Machtverhältnisse muß aber feststellen, daß es der Sozialdemokratie und ihrer vernünftigen Politik allein zu verdanken ist, wenn überhaupt eine Linderung der für die Arbeitslosen und Kranken geradezu unerträglichen Härten erreicht wurde. Trotz ihrer geschwächten Rückkehr aus dem Wahlkampf und der schmutzigsten und gemeinsten Angriffe gewissenloser Agitatoren von links und rechts ist die sozialdemokratische Partei unbeirrbar an die Arbeit der wahren Vertretung der Interessen der entrechteten Volksschichten gegangen. Der Erfolg ist, wie unsere Betrachtung erwiesen hat, nicht ausgeblieben.

Das Ziel ist aber noch nicht erreicht, daher ist es Pflicht eines jeden Arbeiters und einer jeden Arbeiterin, die Front der wahren Arbeiterorganisationen, also der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften, nach jeder Richtung hin zu stärken und sie insbesondere gegen jeden verleumderischen Angriff zu schützen.

Berichte aus den Zahlstellen.

Dresden. In einer gut besuchten Versammlung der Funktionäre der Zahlstelle Dresden des Fabrikarbeiterverbandes am 28. November d. J. wurde zur allgemeinen Wirtschaftslage und den mit ihr verbundenen Depressionen Stellung genommen. Die Vertreter der einzelnen Industriegruppen erstatteten Bericht über die Tarifbewegung im Jahre 1930. Damit wurde den Funktionären ein Situationsbild der Wirtschaftslage gegeben und gezeigt, wie der Verband zu den außerordentlichen Schwierigkeiten steht. Nach den Berichten standen wir, im Gegensatz zu anderen Jahren, im Jahre 1930 in fast allen Industriegruppen in der schärfsten Abwehrbewegung gegen die Angriffe der Arbeitgeber, die auf Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen hinzielten. Im allgemeinen ist es gelungen, die alten Löhne zu halten und die übrigen Arbeitsbedingungen zu regeln. In anderen Fällen konnten trotz der außerordentlich ungünstigen Wirtschaftslage und der geringen Beschäftigungsmöglichkeit die maßlosen Lohnabbauwünsche der Arbeitgeber sehr stark beschränkt werden. Leider sieht ein Teil der Arbeiterschaft noch nicht ein, welchen Wert Tarifverträge für sie haben. In den Industriegruppen, in denen vorübergehend ein tarifloser Zustand eintrat, haben leider unsere Kollegen zu spüren bekommen, welche Folgen dieser tariflose Zustand nach sich zog. Tarifragen sind eben, wie andere wirtschaftliche Fragen, Machtfragen, bei denen das Stärkeverhältnis der Gegner eine außerordentlich große Rolle spielt. Die Schwierigkeiten, welche sich den diesjährigen Bewegungen entgegenstellten, gehen deutlich aus allen vier Berichten der Agitationsleiter hervor. Kollege Grafe erstattete Bericht über die allgemeine wirtschaftliche Lage. In der Papier- und in der chemischen Industrie laufen die alten Verträge des Vorjahres unverändert weiter. Die Verträge der Blumenindustrie sind gekündigt und diesbezügliche Verhandlungen gescheitert. Scharf wird von dem Kollegen Grafe das Treiben der KPD., die Spaltung der Gewerkschaften durch Gründung roter Gewerkschaften durchzuführen, gegeißelt; einmütige Abwehr aller Spaltungsversuche muß von allen denkenden Gewerkschaftern erfolgen. Kollege Mager erstattete Bericht über sämtliche grobkeramische Gruppen, wie Ziegel-, Beton-, Kalk-, Schmelzziegel-, Sand- und Kieswerke und Steinbrüche sowie über die Nahrungsmittelindustrie, Konserven-, Margarine- und Mineralwasserindustrien, chemische Waschanstalten und Weißwäschereien. In der Nahrungsmittelindustrie sind die alten Verträge weiter bestehen geblieben, und im Vertrag der Margarineindustrie ist eine Vereinbarung geschaffen worden, wonach Entlassungen erst nach Verkürzung der Arbeitszeit mit entsprechendem Lohnausgleich vorgenommen werden können. Ebenso bestehen in den Weißwäschereien und chemischen Waschanstalten die alten Verträge weiter. Kollege Bauer berichtete über die Lohn- und Tarifbewegungen in der Glasindustrie. Nach dem Bericht des Kollegen Zimmermann laufen in den Industriegruppen Gummiindustrie, Gummi-Reparaturanstalten und Wachstuchindustrie die alten Verträge unverändert weiter. Dem Bericht schloß sich eine Aussprache an, die vor allem von den oppositionellen Kollegen des Werkes Papierfabrik E. Th. Kretzschmar bestritten wird, deren Ausführungen vom Kollegen Grafe und von den Berichterstattern der anderen Industrien entgegengetreten wird. Kollege Grafe teilte weiter mit, daß für die Ausgesteuerten unserer Organisation eine einmalige Unterstützung in Höhe eines Wochensatzes der zuletzt bezogenen Erwerbslosenunterstützung beschlossen worden ist, und daß die Verwaltung für alle nach dem 15. November 1930 arbeitslos gewordenen Kollegen und Kolleginnen eine Weihnachtsunterstützung in Form eines Lebensmittelbons gewährt. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt:

„Die Arbeitslosen, Opfer eines verfehlten Wirtschaftssystems, müssen geschützt werden.

Deshalb verlangen die Funktionäre, daß durch Verkürzung der Arbeitszeit Arbeitsplätze freigemacht werden, um Hunderttausende wieder in Arbeit zu bringen.

Überarbeit ist abzulehnen. Dafür sind Leute einzustellen.

Überall muß der Versuch gemacht werden, das Heer der Arbeitslosen zu verringern.

Die Funktionäre wissen, daß die Unternehmer, darauf bedacht, auf Kosten der Arbeiterschaft ihre Betriebe rentabel zu gestalten, diesen unseren Bestrebungen stärksten Widerstand entgegensetzen.

Nur durch die Geschlossenheit der Arbeiterschaft in organisatorischer Hinsicht kann eine Besserung erreicht werden.

Mit großer Entrüstung lehnen wir das arbeiterverräterische Treiben der KPD., die durch Gründung der RGO. die Arbeiterschaft wehrlos dem Unternehmer preisgibt und die Bemühungen der Nazis, ebenfalls durch Gründung von gelben Verbänden die Arbeiterschaft zu schwächen, ab. Mit aller Energie werden wir diesen Feinden des Proletariats entgegentreten und dafür sorgen, daß die Organisation noch besser ausgebaut, die Einheitlichkeit wieder hergestellt und dadurch die Grundlage geschaffen wird, um den Abwehrkampf erfolgreich durchführen zu können."

Gera. Um auch den weiblichen Mitgliedern der Bezirkszahlstelle, vor allem aber den Funktionärinnen mehr Rüstzeug im täglichen Kleinkampf mit auf den Weg zu geben, wurde am Sonntag, dem 7. Dezember, der erste Frauenkursus abgehalten. Die Verwaltung hatte 15 Kolleginnen aus allen Orten des Zahlstellengebiets geladen, die alle dem Rufe gefolgt waren. Kollegin Zammert referierte über das Thema: „Warum muß die erwerbstätige Frau und das erwerbstätige Mädchen organisiert sein?" Sie schilderte, daß die Frauenerwerbsarbeit ständig im Steigen begriffen ist. Auch verheiratete Frauen müssen einer Fabrikarbeit nachgehen, weil die Männer oft jahrelang erwerbslos sind. Die Frauenerwerbsarbeit ist so rapide im Steigen begriffen, daß ganze Industriezweige überwiegend Frauenarbeitskräfte aufweisen. Um auch der Frau einen auskömmlichen Lohn zu sichern, müssen sich Frauen und Mädchen mit in die Reihen der gewerkschaftlichen Klassenkämpfer stellen, und gemeinsam müssen sie mit den Männern um ein besseres Dasein kämpfen. Gerade sie erst recht, denn oft werden die Frauen nicht nur wegen ihrer Fingerfertigkeit beschäftigt, sondern weil sie auch weniger Lohn für die gleiche Arbeit erhalten. Der Ruf, daß auch die Frauen und Mädchen im Lohn mit den Männern gleichgestellt werden müssen, sei daher nicht unberechtigt. Im zweiten Teil des Kursus behandelte Kollege Martin die Unterstützungsbestimmungen in unserem Statut sowie den Instanzenweg des Verbandes. Die einzelnen Unterstützungszweige wurden erläutert, und dabei dürfte manche Kollegin erst erfahren haben, wie vielseitig die durch den Verband gewährte Hilfe ist und daß die Organisation auch für die Frauen und Mädchen den denkbar besten Zweck hat. Über den Schutz der erwerbstätigen Frau sprach Kollegin Zammert. Sie zeigte die Entwicklung des Arbeiterinnenschutzes aus der Zeit des Frühkapitalismus auf und legte dar, daß weniger die Arbeiterin geschützt werden sollte als das Kanonenfutter, weil die Militäraushebungskommissionen festgestellt hatten, daß die jungen Männer infolge der Fabrikausbeutungsmethoden, denen ihre Mütter unterlagen, militäruntauglich wurden. Erst nach dem Weltkriege ist man methodischer an den Arbeiterinnenschutz herangegangen. Die Referentin besprach ausführlich den Arbeiterinnenschutz und forderte die Kolleginnen auf, Mißstände in den Betrieben den Betriebsräten oder der Zahlstellenverwaltung zu melden. Kommt eine Kontrolle des Gewerbeaufsichtsamts, so sollten die Frauen und Mädchen sich gegenüber diesen Beamten oder Beamtinnen nicht fürchten, ihre Klagen vorzubringen. Auch dem Schutze der Schwangeren und Wöchnerinnen muß mehr Beachtung geschenkt werden. In der Aussprache über dieses Thema wurde mit Recht darauf hingewiesen, die zuständigen Gewerbeaufsichtsämter mehr heranzuziehen. Die Kontrollen in den Betrieben dürfen sich nicht nur auf Garderoben-, Abort- und sonstige hygienischen Verhältnisse erstrecken, sondern auch auf Bademöglichkeiten. Ferner muß darauf gesehen werden, daß den Frauen und Mädchen keine körperlich schwere Arbeit zugemutet wird, die sie nicht leisten können. Die Gewerbeaufsichtsämter und die zuständigen Kreisärzte müssen auf Ersuchen eingreifen. Kollegin Rossius aus Hannover (zur Zeit Volkshochschule Tinz) wünschte, daß die Betriebsräte ihr Augenmerk mehr auf den Arbeiterinnenschutz richteten. Kollege Gerhardt betonte, daß leider nicht alle Frauen den Weg zur Organisation finden, obwohl gerade der Verband recht viel für die Arbeiterinnen leistet. Alle organisierten Kolleginnen müssen es sich angelegen sein lassen, ständig auf die unorganisierten Kolleginnen einzuwirken, damit diese endlich Mitglieder des Verbandes werden. Die langjährig organisierte Kollegin Beck forderte die Kolleginnen auf, dem Verbande die Treue zu halten. Ohne den Verband sind die Frauen und Mädchen der Willkür der Unternehmer ausgesetzt. Mit Recht konnte Kollege Martin am Schluß des Kursus betonen, daß der Verlauf des ersten Frauenkursus gezeigt hat, wie notwendig es ist, für die weiblichen Mitglieder besondere Veranstaltungen zu treffen, in denen die Frauenfragen im Vordergrund stehen. Die Verwaltung wird alljährlich einen Frauenkursus, zu dem immer andere Frauen und Mädchen geladen werden sollen, veranstalten. Die Kolleginnen müssen aber auch das Gehörte gedanklich verarbeiten und in den Betrieben rege für den Verband werben. Nur eine geschlossene Organisation schützt vor Ausbeutung und niedrigem Lohn. n.

Höchst a. M. Die 25jährige Verbandszugehörigkeit einer Anzahl Kollegen unserer Zahlstelle gab Veranlassung zu einer feierlichen Ehrung dieser Jubilare. Die Veranstaltung fand am 29. November in Okriftel statt, um den in der Offenbeimer Papierfabrik beschäftigten und uns noch fernstehenden Arbeitern zu zeigen, daß Solidarität in den Kreisen der Fabrikarbeiter kein leerer Wahn ist. Zahlreich waren unsere Kollegen zu diesem Abend herbeigeeilt. Die Musikvereinigung sowie die Sängervereinigung von Okriftel hatten sich in den Dienst der Sache gestellt. Der Vorsitzende der Zahlstelle Höchst, Kollege Roth, begrüßte die Erschienenen herzlich und dankte auch den Vertretern der örtlichen Behörden für ihr Erscheinen. Der Geschäftsführer, Kollege Nida, hielt die Festrede; er gedachte des Aufstiegs, der Kämpfe und sozialen Einrichtungen unserer Organisation, hervorhebend, daß dies nur möglich war durch die Treue und Aufopferung unserer alten Jubilare. Er gedachte ferner der Zeit, in der Rückgrat und Mannesmut dazu gehörten, Verbandsmitglied zu sein, erinnerte daran, daß die Treue der Kollegen es möglich machte, daß heute 12 000 invalide Arbeitskollegen aus Verbandsmitteln monatliche Rente beziehen können, wies auf die Anstürme unserer Gegner hin und ermahnte, die Treue der Alten zu vergelten in dem Sinne des Goetheworts: „Was du ererbt hast von deinen Vätern, erwirb es, um es zu besitzen!" — Hierauf überreichte Kollege Roth den Jubilaren im Namen des Hauptvorstandes die prachtvollen Ehrenurkunden. Kollege Junker übermittelte die Grüße des Ortsausschusses Höchst des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und forderte die Jugend auf, dem nachzueifern. Jugendgenosse Schäfer (Marxheim) überbrachte die Grüße der freigewerkschaftlichen Arbeiterjugend mit dem Gelöbnis, in Treue und Kampffreudigkeit den Jubilaren nachzueifern. Kollege Siegel dankte im Namen der Jubilare und betonte, daß sie vor 25 Jahren sich nicht organisiert hätten, um einmal geehrt zu werden, sondern daß ihre Arbeit innerhalb der Organisation dem Aufstieg und der wirtschaftlichen und sozialen Besserstellung des arbeitenden Volkes galt. Er berichtete über Einzelheiten aus den Jugendjahren der Organisation und wies darauf hin, daß es damals schon als Grund für sofortige Entlassung angesehen wurde, wenn ein Arbeiter den „Proletarier" mit in den Betrieb brachte. Die Jugend ermahnend, sich durch die jetzigen Widerwärtigkeiten nicht an der Organisation irre machen zu lassen, sondern dem Dichterwort nachzustreben, daß nur der die Freiheit und das Leben verdient, der täglich sie erkämpfen muß, schloß er seine Ausführungen.

Ludwigshafen a. Rh. Am 8. Dezember, kurz nach seinem 67. Geburtstag, starb unser langjähriges Mitglied Nikolaus Bappert. Eine heimtückische schwere Krankheit setzte seinem Leben ein jähes Ende. Mit ihm ist ein Arbeiter aus dem Leben geschieden, der, wie so viele, in stiller, unermüdlicher Arbeit für die Sache der Arbeiter gelebt und gekämpft hat. Kollege Bappert war nicht nur volle 25 Jahre Mitglied unseres Verbandes, sondern er gehörte auch fast ebensolange zu den eifrigsten Funktionären unserer Zahlstelle. Alle ihm übertragenen Funktionen löste er gewissenhaft und pünktlich aus. In seiner 16jährigen Tätigkeit als Unterkassierer für unsere Organisation zeichnete er sich durch seine Ehrlichkeit und seinen freundlichen Verkehr mit den Mitgliedern besonders aus. Aber auch als Vertrauensmann verstand er die Interessen seiner Kollegen stets zu wahren.

Kollege Bappert war nicht nur ein treuer Funktionär seiner Gewerkschaft, sondern auch seiner Partei und der freien Vereine, denen er angehörte. Er war auch nicht nur ein treuer Funktionär der Arbeiterbewegung, sondern auch ein guter Familienvater, der es sehr gut verstand, seine Kinder der Arbeiterbewegung zuzuführen.

Die Mitglieder der Zahlstelle Ludwigshafen a. Rh. trauern um seiner Bahre. Der Verstorbene wird allen, die ihn gekannt haben, als ehrlicher, offener Charakter, als guter Mensch unvergeßlich bleiben. Wir werden sein Andenken in Ehren halten. Die Ortsverwaltung.

Strehle a. d. Elbe. 25jähriges Bestehen der Zahlstelle. Im festlich geschmückten großen Saale des „Lindenhofs" wurde unter reger Anteilnahme das 25. Stiftungsfest gefeiert. Gleichzeitig ehrte die Mitgliedschaft ihre Kollegen, die 25 und mehr Jahre organisiert sind. Nach einleitenden Musikstücken und den vom Arbeitergesangverein vorgetragenen Liedern ergriff Kollege Jahn das Wort, um die zahlreich erschienenen Mitglieder und Gäste willkommen zu heißen. Er schilderte, wie am 9. Dezember 1905 die Zahlstelle gegründet wurde und welchen polizeilichen Schikanen sie bei ihren Zusammenkünften ausgesetzt war. Wiederholt sei mit der Auflösung der Mitgliedschaft gedroht worden, weil sich die Vertrauensleute weigerten, die Mitgliederliste bei der Polizei einzureichen. Nach Inkrafttreten des Reichsvereinsgesetzes im Jahre 1908 trat eine Erleichterung ein. Erst als im Jahre 1910 einige Kollegen durch Einstellung in die Seifenfabrik der EEG. der Unternehmerwillkür entrückt und eine nachdrückliche Werbearbeit möglich war, begann die Aufwärtsentwicklung der Zahlstelle. Bei Kriegsausbruch waren 172 Mitglieder vorhanden, von denen insgesamt 152 eingezogen wurden. Von der Verwaltung wurde den Angehörigen der Eingezogenen alle notwendige Hilfe — auch solche finanzieller Art — zuteil. Nach dem Kriege erfolgte ein Anwachsen der Zahlstelle auf 466 Mitglieder. Infolge der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, in welche die industriellen Werke gerieten und infolge der Treibereien durch die KPD. sank die Mitgliederzahl aber wieder auf 211. Gauleiter Hüppner überbrachte die Glückwünsche des Hauptvorstandes und der Gauleitung und dankte den Jubilaren für ihre Opferwilligkeit und Pflichterfüllung dem Verband gegenüber. Er schilderte die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der ungelernten Arbeiter aus früherer Zeit und die Erfolge der gemeinsamen Organisationsarbeit. Er verwies darauf, daß auch im Zahlstellengebiet bisher einem Häuflein Aufrechter die Pionierarbeit überlassen blieb und daß durch die nachhaltige Mitarbeit aller Mitglieder die reaktionären Bestrebungen in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung wirkungslos gemacht und neuem Aufstieg die Wege geebnet werden. Hierauf gelangte der Film „Aufstieg" zur Vorführung, der den Beifall aller Anwesenden fand. Die ganze Veranstaltung war ein Bild treuer Kollegialität.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

An die christliche „Gewerkschaftsstimme".

Die Nr. 25 der christlichen „Gewerkschaftsstimme" will eine Antwort haben bezüglich der Auseinandersetzung unseres Kollegen Wirth (Köln) mit Herrn Flohr vom christlichen Fabrikarbeiterverband. Die Antwort hat Wirth bereits gegeben im „Proletarier" Nr. 44 vom 1. November 1930 in dem Artikel „Mohrenwäsche". Sie lautet:

„Das Glanzstück leistete sich Flohr in seiner Behauptung, Wirth habe etwas Unsauberes getan, indem er draußen verraten habe, was im Schlichtungsausschuß gesprochen worden sei, und er glaubte, ihm Eidbruch vorwerfen zu können.

Demgegenüber konnte Wirth unter Zustimmung des größten Teiles der Versammlungsbesucher feststellen, daß von einem Eidbruch keine Rede sein könne. Es wäre ja auch noch schöner, wenn man das Verhalten der Christlichen, die in der Öffentlichkeit große Forderungen stellen, aber im stillen Kämmerlein der Schlichtungskammer immer umfallen, nicht als das kennzeichnen könnte, was es ist, nämlich ein verwerfliches Doppelspiel."

Und weil man der christlichen „Gewerkschaftsstimme" anscheinend alles zweimal sagen muß, wiederholen wir: Die „Gewerkschaftsstimme" glaubt der „Roten Fahne" nichts. Sie könne „wegen ihrer Wahrheitsliebe" kein Kronzeuge sein für das christliche Blatt. Trotzdem zitierte das Christenblatt aus der „Roten Fahne", weil es mit dem Zitat den Fabrikarbeiterverband verleumden konnte. Hätte die „Rote Fahne" etwas Gutes über den freien Fabrikarbeiterverband geschrieben, dann hätte das christliche Blatt freilich keinen Grund gehabt, aus der „Roten Fahne" zu zitieren. Ein „christliches" Blatt hat ganz andere Aufgaben, als über andere Gutes zu sagen.

Nun sagt das christliche Blatt in seiner Nr. 25 mit Bezug auf die Arbeitszeitverkürzung im Leunawerk:

„Böse Zungen behaupten, daß der Fabrikarbeiterverband nur so viel zu sagen hat, als was ihm vom Werk erlaubt ist."

Diese bösen Zungen befinden sich wohl in christlichen Mäulern?

Auffallend ist, daß das sich christlich gebärdende Blatt fortwährend politisch hetzt und dabei behauptet, es sei politisch neutral. Das Blatt will uns scharf machen gegen Brüning und Stegerwald. Was wir da zu sagen haben, entscheiden wir selbst. Aber wie kommt es, daß die „Gewerkschaftsstimme", das Verbandsorgan des Zentrumsabgeordneten Tremmel, fortwährend versucht, den „Proletarier" gegen die eigenen Zentrumsfreunde zu hetzen? „Der Proletarier" ist für die christliche Nachbarin sozialdemokratisch. Es soll eine Hetze zwischen Sozialdemokratie und Zentrum unter allen Umständen konstruiert und inszeniert werden. Wenn sich die Zentrumsparteileitung wieder einmal beschwert gegen die Angriffe der sozialdemokratischen Presse, dann soll sie einmal feststellen, welche Interessen die christliche „Gewerkschaftsstimme" an der Schürung des Konfliktes zwischen zwei Parteien hat, die mit Rücksicht auf die jedem politischen Analphabeten bekannten politischen Zustände Deutschlands aus Vernunftgründen in bestimmten staatspolitischen Fragen ein und denselben Weg gehen müssen. Wird der christlichen „Gewerkschaftsstimme" der Weg zu den Nationalsozialisten zu lang?

Rundschau.

Angenehme Wohltätigkeit.

Angenehm für die Wohltäter nämlich! Das ist das Kennzeichen der sogenannten Wohltätigkeitsfeste, auf denen schöne Damen Küsse verkaufen, Stück 20 Mark, auf denen die befrackten Herren sich bemühen, zum Besten der Armen in Sekt und Kaviar zu schlemmen, und bei denen „nach Abzug aller Unkosten" ein gewisser Betrag zugunsten der Notleidenden des Volkes verwandt wird. Oft wird aber auch bei anderen Gelegenheiten als gerade bei richtigen Wohltätigkeitsbällen etwas für die Armen getan. Die Berliner Hotelbesitzer feierten dieser Tage das 50. Stiftungsfest ihres Vereins. Es muß sehr hübsch gewesen sein, wie das „Berliner Tageblatt" in seiner Nr. 580 berichtet:

„. . . nach einer Fülle gesanglicher Darbietungen fand ein großes Bankett statt. Daran anschließend tanzte man bis in die frühen Morgenstunden. Besonders hübsch war, daß man über dem Schwelgen nicht die vergaß, die Not leiden. Der Vorstand gab die Anregung zu einer Sammlung für die Armen, und die vielen schönen und eleganten Frauen, die man auf diesem Fest sah, ermunterten den Wohltätigkeitstrieb der Herren in so starkem Maße, daß eine beträchtliche Summe für die Notleidenden zusammenkam."

Und dann ist man befriedigt in dem Bewußtsein nach Hause gegangen, auch sein Teil zur Lösung der sozialen Frage beigetragen zu haben. Wann wird es dahin kommen, daß solche Sammlungen nicht mehr nötig sind, weil es keine Armen mehr gibt?

Verbandsnachrichten.

Ausgeschlossen

wurden gemäß § 14 Ziffer 3a in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 des Verbandsstatuts die bisherigen Mitglieder folgender Zahlstellen: Brandenburg a. d. Havel: Otto Schwerz, Buch-Nummer 1 033 826; Breslau: Robert Gunske, Buch-Nummer S II 766 979; Itzehoe: Jakob Heidemann, Buch-Nummer 1 043 769.

Briefkasten.

„Einer für viele": Sind Sie so naiv, daß Sie die Satire und den Hohn in dem „Hitlerartikel" nicht verstehen? Ob Hitler ebenso wie nach den alttestamentlichen Lehren alle Menschen in letzter Linie von dem Juden Noah abstammt oder, wie der von Ihnen zitierte amerikanische Professor lehrt, vom Affen, vermag ich nicht zu entscheiden, das überlasse ich Ihnen. Zu Ihrer zweiten Frage: Wahrscheinlich ist auch der große Adolf als Kind auf die Welt gekommen: Viele Leute halten ihn ja heute noch für ein „politisches Kind". Aber nun gestatten Sie mir eine Frage: Warum sind Sie so „vorsichtig", nicht Ihren Namen zu nennen? Ich bewundere Ihren Mut und Ihren Scharfsinn.

Beilage zum Proletarier

Nummer 51 — Hannover, 20. Dezember 1930 — 39. Jahrgang

Chemische Industrie

Schweres Unglück in einer Karbidfabrik.

In dem Karbidbetrieb der Bayerischen Kraftwerke in Hart ereignete sich am Dienstag, dem 25. November, ein schwerer Unglücksfall dadurch, daß ein Karbidofen „spuckte", wie es im Sprachgebrauch der dortigen Arbeiter heißt. Darunter versteht man, daß durch eine Verstopfung und den dadurch bedingten inneren Druck im Ofen flüssige Karbidmassen herausgeschleudert werden. Das Unglück ereignete sich am Karbidofen 2. Drei Kollegen unseres Verbandes, nämlich die Kollegen Georg Weber, Johann Stockhammer und Johann Landthaler, erlitten sehr schwere Brandwunden. Kollege Georg Weber ist leider bereits inzwischen seinen schweren Verletzungen erlegen. In der Nacht zum 27. November ereignete sich in ähnlicher Weise an demselben Ofen abermals ein Unfall, wobei unser Kollege Joseph Murauer so schwere Brandwunden erlitt, daß an seinem Aufkommen gezweifelt werden muß.

Die Arbeit an den Karbidöfen ist außerordentlich schwer, und die Arbeiter sind sehr starken Hitzeeinwirkungen ausgesetzt. Da der Schmelzpunkt des Karbids weit über 1000 Grad liegt, sind Brandwunden, die durch diese Masse entstehen, meist sehr gefährlich. Es muß mit allen Mitteln verhindert werden, daß weiterhin die Arbeiter durch solche Unglücksfälle betroffen werden. Die Firma muß genügende Schutzeinrichtungen schaffen, die das Risiko für Leben und Gesundheit der Arbeiter auf das mögliche Mindestmaß reduzieren. Das sogenannte „Spucken" der Öfen ist früher bereits aufgetreten. Die Ursache soll an dem zum Fabrikationsprozeß verwendeten Koks liegen. Neuerdings wird Anthrazitkoks verwendet. Wir sind der Auffassung, daß im Interesse unserer Kollegen alles getan werden muß, um die Ursache dieser Unglücksfälle zu erforschen und zu verhindern, daß zukünftig derartige Unglücksfälle eintreten können.

K. Segerer.

Die J.-G. Farbenindustrie als Konkurrentin des Zündholztrustes?

Das Streben der chemischen Industrie, durch Schaffung immer neuer Rohstoffe und durch Verbreitung der aus ihrem Interessengebiet stammenden Massengebrauchsgüter in alle Zweige der Wirtschaft einzudringen, erstreckt sich auch in scheinbar abgelegenste Gebiete. So berichtete das „Berliner Tageblatt" vor einigen Tagen, daß die J.-G. Farbenindustrie auf dem besten Wege ist, mit einem neuen Spezialprodukt als ernsthafte Konkurrentin der Zündholzindustrie auf den Wirtschaftsmarkt zu treten. Nachdem das Zündholz fast hundert Jahre lang den Markt beherrscht hat, ja sogar die vorübergehende Offensive der Benzin- und sonstigen Feuerzeuge aus dem Felde geschlagen hat, versucht die J.-G. Farbenindustrie mit einem neuartigen Stoff das Problem von einer anderen Seite aufzurollen. Ob sie damit mehr Glück haben wird, als die Verfertiger der Benzinfeuerzeuge usw., muß abgewartet werden.

Der neue Brennstoff, den die J.-G. Farbenindustrie als Zündholzersatz herausbringen will, wird wie Zahnpasta in Tuben verpackt an die Verbraucher geliefert. Der neue Brennstoff der J.-G. Farbenindustrie ist, wie die meisten neuzeitlichen Produkte dieses Trustes, auf dem Wege der synthetischen Forschung entstanden. Über dieses Mittel selbst sowie über den Fabrikationsgang hüllt sich die J.-G. Farbenindustrie in Schweigen. Es soll sich um ein Fabrikgeheimnis handeln, das die J.-G. nicht preisgeben will.

Über den neuen Brennstoff weiß das „Berliner Tageblatt" folgendes zu erzählen: Der neue Brennstoff ist bei seiner Herstellung flüssig, er erstarrt bei seiner Einfüllung in Tuben zu einer Paste. Das Überraschende aber liegt darin, daß sich dieser neue Brennstoff beim Auspressen aus der Tube in eine klare, wasserhelle Flüssigkeit verwandelt und als solche aus der Tube herausstropft. Der Artikelschreiber im „Berliner Tageblatt" mutmaßt, daß es sich dabei um eine Art konsistentes (haltbares) Benzin handelt.

Über den wirtschaftlichen Wert dieser Erfindung wird folgende Rechnung aufgestellt, die jedoch noch problematisch ist. Der neue Stoff, dessen Verdunstungsprozeß pro Tag nur 0,1 Gramm auf die Gewichtseinheit betragen soll, wird vorläufig nur zur Füllung von Feuerzeugen verwendet. Dabei sollen sich folgende Kosten ergeben: Läßt man ein Feuerzeug jeweils fünf Sekunden zehnmal brennen = 0,5 Pfennig, zwanzigmal = 0,65 Pfennig, dreißigmal = 0,8 Pfennig. Bei Massenverbrauch müßten also ganz beträchtliche Geldersparnisse gemacht werden. Dagegen berechnet die J.-G. auf der anderen Seite den Verbrauch an Zündhölzern folgendermaßen: Gebraucht man zehnmal, zwanzigmal und dreißigmal am Tage ein Streichholz, so gibt man für 10 Streichhölzer 0,6 Pfennig, für 20 Streichhölzer 1,3 Pfennig, für 30 Streichhölzer 1,95 Pfennig aus. So wird statistisch der Wirtschaftskampf mit der Zündholzindustrie von seiten der J.-G. Farbenindustrie vorbereitet. Diese Mitteilung kommt überraschend, wie wir es ja von der J.-G. Farbenindustrie im allgemeinen gewohnt sind. Sollte es sich um ein ernsthaftes Projekt handeln, und daran ist nicht zu zweifeln, so wird die J.-G. Farbenindustrie zweifellos mit der ganzen ihr zur Verfügung stehenden gewaltigen Macht des Farbentrustes dieses Problem zur praktischen Verwirklichung zu bringen versuchen.

Daraus ergeben sich Möglichkeiten von großer Tragweite: Ivar Kreuger, der Beherrscher des Zündholztrustes, im Konkurrenzkampf mit dem J.-G.-Farbentrust. Zweifellos wird Kreuger nicht gutwillig die Konkurrenz der J.-G. Farbenindustrie dulden. Soll doch dieses neue Zündmittel nicht nur allein die Funktionen der heutigen Zündhölzer ersetzen, sondern darüber hinaus noch für technische, industrielle Zwecke Verwendung finden. Dieser neueste Stoff „Bonalin", wie ihn die J.-G. Farbenindustrie nennt, soll die schätzenswerten Eigenschaften haben, daß er nicht rußt, nicht explodiert und geruchlos ist.

Ob es der J.-G. Farbenindustrie gelingen wird, das seitherige Absatzgebiet der Zündholzindustrie zu beschränken? Die Zündholzindustrie hat in den letzten Jahrzehnten viele heftige Angriffe erdulden müssen, aber immer wieder ihren Platz behauptet. Tausende und aber Tausende Feuerzeuge sind von ihren anfangs begeisterten Besitzern fluchend in die Ecke geworfen worden. Immer wieder wurde zum Zündholz zurückgegriffen. Ob das neue „Zündholz in der Tube" die bequeme Zündholzschachtel verdrängen wird, bleibt abzuwarten. Vielleicht begegnet der Schwedentrust dem Kampfe mit dem neuen synthetischen Feuerzeug dadurch, daß er auch die Preise für Zündhölzer senkt und dem neuen Mittel sein Hauptargument, die erhebliche Billigkeit gegenüber dem Zündholz, nimmt.

Ob die J.-G. Farbenindustrie mit ihrer neuen Erfindung den Erfolg erntet, den sie anstrebt, bleibt abzuwarten, jedoch ist aus der bisherigen Produktionspolitik des J.-G.-Farbentrustes zu ersehen, daß er selten ohne Bedacht einen neuen Fabrikationszweig aufgenommen hat. Dieses Beispiel zeigt wiederum die ungeahnten Entwicklungsmöglichkeiten der chemischen Industrie, die in Deutschland in ihrem überwiegenden Teil, wenigstens soweit die praktische industrielle Auswertung in Frage kommt, unter der Botmäßigkeit der J.-G. Farbenindustrie steht.

K. Segerer.

Nationalsozialisten sind keine Sozialisten.

Am 4. Dezember 1930 erklärte der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Dr. Feder im Reichstag, daß man der Nationalsozialistischen Partei keine sozialistischen Tendenzen unterstellen dürfe.

Die Nazis entpuppen sich mehr und mehr. Das Bekenntnis Feders schließt sich würdig den Auslassungen seines Parteigenossen Held an, der wie folgt schrieb:

„Wir Nationalsozialisten zerschlagen auch die Organisationen der Arbeiterschaft. Wir zerschlagen auch die Gewerkschaften. Darum müßt ihr (Unternehmer) uns das Recht geben, in unserer Agitation uns dem Geist der Arbeiterschaft anzupassen. Wenn wir von der Verstaatlichung des Grund und Bodens reden, so meinen wir das nicht so. Wenn wir gegen das Kapital reden, so brauchen wir dieses Propagandamittel, um die Leute an uns heranzuziehen."

Arbeiter und Arbeiterinnen, merkt es euch! Die Nationalsozialisten sind keine Sozialisten; sie können und wollen es nicht sein. Aber sie sind die Feinde der Gewerkschaften; das wollen und müssen sie sein, weil sie im Solde der Unternehmer stehen. Mit anderen Worten:

Sie sind Todfeinde der Arbeiterschaft!

Verschwendetes Kapital in der Stickstoffindustrie.

Die J.-G. Farbenindustrie will das vor einiger Zeit von ihr angekaufte Stickstoffwerk Mont Cenis, das zum Teil dem Ruhrbergbau und dem Fiskus gehörte, nunmehr stillegen. Dieses Werk, es handelt sich hier um einen Betrieb zur synthetischen Stickstoffgewinnung, ist eine Anlage neuesten Stils und wurde mit gewaltigen Kosten errichtet. Wegen der in diesem Werk angewandten Arbeitsverfahren lag die J.-G. Farbenindustrie seit vielen Jahren mit dem Werk in einem umfangreichen Patentstreik. Der Ankaufspreis für dieses Werk betrug 23 Millionen Mark. Nunmehr hat die J.-G. Farbenindustrie bei dem Regierungspräsidenten in Arnsberg Anzeige von der beabsichtigten Stillegung der Anlage zum 1. Januar 1931 erstattet. Nach diesem Zeitpunkt wird lediglich noch der Versand der auf der Anlage vorhandenen Vorräte vorgenommen. Die Quote des Werkes bei der Dachvereinigung der Deutschen Ammoniak-Verkaufsvereinigung bzw. bei dem deutschen Stickstoffsyndikat wird von der J.-G. Farbenindustrie ausgenutzt. Der Betrieb der Chemischen Werke Lothringen, G. m. b. H., woran die J.-G. Farbenindustrie und die Bergbau-AG. Lothringen je zur Hälfte beteiligt sind, soll jedoch durch die Stillegung der Anlagen auf Mont Cenis nicht betroffen werden. Der Bedarf an Ammoniak bei den Chemischen Werken Lothringen soll durch Lieferverträge mit anderen Ruhrstickstoffbetrieben sichergestellt werden.

Zeigt dieses Beispiel der Stillegung der Anlagen von Mont Cenis nicht blitzlichtartig die gewaltige Kapitalverschwendung, die namentlich in den letzten Jahren in der deutschen synthetischen Stickstoffindustrie betrieben worden ist? Die Erzeugungsanlagen sind weit über den tatsächlichen Stickstoffbedarf ausgedehnt worden. Konkurrenzkampf zwischen J.-G. Farbenindustrie und Bergbauindustrie, zum Teil wohl auch Spekulationssucht, sind die Ursachen der ungesunden Aufblähung der Stickstoffanlagen gewesen. Gerade in der Zeit der Wirtschaftsnot müssen diese Wirtschaftsirrungen ganz besonders berücksichtigt werden. Sie belasten die Preisbildung und den Absatz in einem viel größeren Maßstabe, als der Öffentlichkeit bekannt ist. Wir wollen hier weitere wirtschaftliche Betrachtungen nicht anknüpfen, werden jedoch in nächster Zeit in einer übersichtlichen Zusammenstellung die Produktionspolitik und die Fehlinvestitionen in der synthetischen Stickstoffindustrie einer besonderen Betrachtung unterziehen.

K. Segerer.

Papier-Industrie

Angriff des Arbeitgeberverbandes.

Mit Ausnahme von Ostpreußen haben die Bezirks-Arbeitgeberverbände die Bezirkslohnabkommen in allen übrigen Bezirken bis zum Ende des Jahres gekündigt.

Die Kündigung in allen Bezirken kommt praktisch einem Massenüberfall der Arbeitgeberorganisation auf die gesamte organisierte deutsche Papierarbeiterschaft gleich.

Auf den Weihnachtstisch der Papierarbeiter legen die Unternehmer ihre Lohnabbauforderungen und zum Neujahrsgruß den Lohnabzug.

In einem Teil der Bezirke sollen die Lohnabbauwünsche der Arbeiterschaft erst am Verhandlungstische mitgeteilt werden. Einige Kostproben dazu liegen aber bereits vor. In Baden wird ein Lohnabbau von 15 Prozent und in den rheinischen Lohnbezirken die Rückkehr der Löhne auf den Stand von 1927 gefordert. Die Lohnabzüge sollen also bis zu 15 Pfennig die Stunde betragen

Dabei sind die Arbeitgeber teilweise noch so unverfroren, bei den Begründungen ihrer Forderungen auf Lohnabbau die heutigen Hungerlöhne für die Wirtschaftskrise verantwortlich zu machen.

Aufgabe der organisierten Arbeiterschaft ist es, in Betriebsversammlungen zu diesen Lohnabbauforderungen Stellung zu nehmen und die Unorganisierten und Flauen aufzurütteln.

Die deutsche Papierindustrie.

Innerhalb der deutschen Wirtschaft stellt die Papierindustrie einen beachtenswerten Faktor dar; das ergibt sich sowohl aus der Zahl der vorhandenen Betriebe als auch aus der Zahl der beschäftigten Personen. Im Jahre 1929 waren 10 882 Betriebe, in denen mehr als 5 Arbeitnehmer beschäftigt wurden, in der deutschen Republik vorhanden. Hinzu käme noch die große Zahl der Kleinbetriebe, besonders Buchbindereien, in denen der Betriebsinhaber nur mit einigen Lehrlingen oder ein bis zwei Gehilfen arbeitet.

Die Zahl der Beschäftigten

in der gesamten deutschen Papierindustrie betrug im Jahre 1929:

Wirtschaftszweig	Zahl der Beschäftigten
Druck- und graphisches Gewerbe	268 518
Papierverarbeitung	148 151
Papiererzeugung	127 223
Verlagsgewerbe	63 559
Buchhandel	39 192
Einzelhandel	33 111
Großhandel	20 972
Beschäftigte insgesamt	700 726

Beschäftigte in der Papiererzeugungsindustrie.

Nach dem Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich waren in der Papiererzeugungsindustrie im Jahre 1929 hauptberuflich erwerbstätig:

Selbständige Personen	1 830
Angestellte und Beamte	12 626
Arbeiter	112 685
Mithelfende Familienangehörige	82
Insgesamt	127 223

Nach dem Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich waren in der Papiererzeugungsindustrie 884 Wirtschaftseinheiten vorhanden, in denen zum Antrieb von Kraft- und Arbeitsmaschinen 332 523 PS und zum Antrieb von Elektromotoren 396 469 PS erforderlich waren.

Die Papierproduktion nach Sorten.

Die folgende Zusammenstellung gibt eine Übersicht über die Papierproduktion nach Sorten in den Jahren 1925 und 1929:

Produktion an	1925 Tonnen	1929 Tonnen
Zeitungsdruckpapier	455 197	555 801
Andere holzhaltige Papiere	345 137	395 550
Packpapier	206 625	237 556
Holzfreie Papiere	133 882	168 153
Einseitig glatte Papiere	101 128	130 427
Schrenz- und Strohpapier	72 756	90 724
Alle anderen Papiersorten	377 084	547 602
Insgesamt	1 691 809	2 125 813

Die Sulfitspriterzeugung.

Nach dem Statistischen Jahrbuch des Deutschen Reiches betrug die Sulfitspriterzeugung:

im Brennjahr (1. 10.—30. 9.)	Erzeugung in Hektoliter
1924/25	22 222 000
1925/26	22 482 000
1926/27	28 128 693
1927/28	27 640 025
1928/29	32 767 163

Die Papierausfuhr.

Die Ausfuhr an Papier und Papierwaren nach einzelnen Sorten gestaltete sich im Jahre 1929 folgendermaßen:

Ausfuhr an	1925 dz	1929 dz
Druckpapier	1 744 357	2 307 944
Packpapier	979 671	956 337
Seidenpapier	—	51 119
Buntpapier	207 518	336 771
Schreib-, Brief- und Notenpapier	239 843	206 737
Grobe Pappen	353 066	755 729
Feine Pappen	28 110	50 262
Andere Pappen	56 436	72 604
Bücher	68 579	89 270
Besuchs- und Wunschkarten	38 288	96 188
Altpapier	194 084	569 492

Der Gesamtwert der Ausfuhr in den Jahren 1926 bis 1929 betrug:

Jahr	Gesamtwert der Ausfuhr in Mk.
1926	406 400 000
1927	397 500 000
1928	435 700 000
1929	496 000 000

Von 1926 bis 1929 stieg demnach der Wert der Ausfuhr an Papier und Papierwaren um 12,6 Prozent. Unter den 27 Warengruppen stand im Jahre 1929 die Ausfuhr an

Papier und Papierwaren mit 3,1 Prozent Wertanteil an achter Stelle.

Die Reparationslieferungen im Jahre 1929 betrugen an

Papier und Papierwaren . . . . 27 623 000 Mk.
Zellstoff und Holzschliff . . . . . 13 271 000 Mk.

Die Ausfuhr an Zellstoff konnte von 21 Prozent im Jahre 1928 auf 23 Prozent im Jahre 1929 erhöht werden; im gleichen Zeitraum stieg die Papierausfuhr von 16 auf 19 und die Pappenausfuhr von 15 auf 19 Prozent. Im Jahre 1930 machte sich dagegen ein Rückgang der Ausfuhr bemerkbar. Während im Jahre 1929 im Monatsdurchschnitt 330 000 Doppelzentner Rohpapier ausgeführt wurden, betrug die Rohpapierausfuhr im Juli 1930 nur noch 270 000 Doppelzentner. Lediglich die Pappenausfuhr der letzten Monate liegt im Jahre 1930 noch etwas über dem Monatsdurchschnitt von 1929.

Zollerträge.

Nach dem Statistischen Jahrbuch des Deutschen Reiches betrug der Wert des im Jahre 1929 verzollten Zellstoffes 41 667 000 Mk. und der Wert an verzolltem Papier und verzollten Papierwaren 29 004 000 Mk. Im Jahre 1929 wurden an Zollerträgen vereinnahmt an:

Jahr	Zellstoff und Holzstoff Mk.	Papier und Papierwaren Mk.
1928	2 883 000	2 947 000
1929	2 860 000	3 207 000

Auswirkungen der Wirtschaftskrise.

Die Wirkungen der Weltwirtschaftskrise machten sich in der deutschen Papierindustrie einschließlich des Vervielfältigungsgewerbes ebenfalls stark bemerkbar und fanden ihren Ausdruck in den angemeldeten Konkursverfahren und den eingeleiteten Vergleichsverfahren. Es wurden gezählt:

Jahr	Konkurse	Vergleichsverfahren	Zahlungseinstellungen insgesamt
1928	113	45	158
1929	129	84	213
1930 (Jan.—Septbr.)	119	103	222

Aus dieser Zusammenstellung ergibt sich, daß in den ersten neun Monaten des Jahres 1930 bereits mehr Konkurse und Vergleichsverfahren zur Anmeldung gelangten als im Jahre 1929.

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit.

Die Arbeitslosenstatistik der in der Papierindustrie zuständigen Gewerkschaften zeigt gleichfalls deutlich die Wirkungen der Wirtschaftskrise. Es wurden von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit betroffen in Prozent der berichtenden Gewerkschaftsmitglieder:

Berufsgruppen	Arbeitslose Mitglieder August 1929	August 1930
Papiererzeugung	6,0	14,0
Buchdrucker	10,8	18,1
Lithographen	10,0	20,1
Graphische Hilfsarbeiter . .	8,5	16,7
Buchbinder	12,5	20,8
	Von Kurzarbeit betroffene Mitglieder	
Papiererzeugung	7,8	21,4
Buchdrucker	0,4	2,6
Lithographen	3,2	8,3
Graphische Hilfsarbeiter . .	1,6	6,8
Buchbinder	13,0	25,8

Aus dieser Zusammenstellung ergibt sich, daß in der gesamten Papierindustrie die Arbeitslosigkeit im August 1930 doppelt so hoch war wie im August 1929. Bemerkenswert ist ferner das gewaltige Ansteigen der Kurzarbeit. Gegenüber dem Monat August 1929 war im Monat August 1930 die Kurzarbeit in der Papiererzeugungsindustrie um rund das Dreifache, im Buchdruckgewerbe um rund das Fünffache, in der Lithographie um das Zweieinhalbfache, bei den graphischen Hilfsarbeitern um über das Vierfache und bei den Buchbindern um annähernd das Zweifache gestiegen.

Die Industrie- und Handelskammern in Aachen und Stolberg berichteten am 1. Oktober 1930 über die Wirtschaftslage im Dürener Industriebezirk bezüglich der Papiererzeugungsindustrie folgendes:

„Die Beschäftigung in der Papierindustrie hat gleichfalls nachgelassen. Betriebe, welche bisher noch keine Entlassungen vorgenommen hatten, sind nun auch dazu übergegangen. Die Zellstoffabrik bringt Ende September 87 Arbeiter zur Entlassung. Einstellungen werden keine vorgenommen. In einigen Betrieben wurden vorübergehend in kurzfristiger Arbeit dringende Aufträge erledigt; alsdann wurden die Betriebe wieder stillgelegt."

Dieser Bericht gibt ein Beschäftigungsbild über die Lage der deutschen Feinpapierindustrie. Mit Ausnahme der Zeitungsdruckpapierindustrie liegt die wirtschaftliche Lage in den Industriezweigen der anderen Papiersorten nicht viel günstiger.

Bemerkenswert ist auch eine Feststellung der englischen Unternehmerzeitschrift „Paper Maker" vom 1. Oktober 1930, worin festgestellt wird, daß die britischen Papierfabriken trotz der flauen Geschäftslage immerhin noch besser beschäftigt sind als die deutschen. Während die Arbeitslosigkeit unter der Arbeiterschaft der deutschen Papierfabriken 15,6 Prozent betrage, seien von 100 britischen Papierarbeitern nur 8,5 arbeitslos. Das Blatt hebt weiter hervor, daß der Ausfall der deutschen Reichstagswahlen sich auf den Geschäftsgang ungünstig auswirke.

Inderzahlen.

Die Inderzahlen für Papierstoff und Papier gestalten sich seit 1913 folgendermaßen:

Jahr	Inderzahl
1913	100
1924	140,1
1925	158,6
1926	151,5
1927	150,1
1928	150,4
1929	151,2
1930 (August)	139

Auch die Inderzahlen sprechen dafür, daß infolge des schlechten Geschäftsganges in der Papiererzeugungsindustrie die Papierpreise im Jahre 1930 sich in einer rückläufigen Bewegung befinden.

Internationale Zellstoff-Konferenz.

Hervorgerufen als Auswirkung der in den letzten Jahren vollzogenen Rationalisierungsmaßnahmen in der internationalen Papiererzeugungsindustrie ist der Beschäftigungsgrad in allen Papiererzeugungsstaaten ungünstig. So meldet das Newsprint Service Bureau in Neuyork, daß im Monat Juli 1930 die Betriebskapazität der Papierfabriken in den Vereinigten Staaten nur zu 72,8 Prozent, die der kanadischen Papierfabriken sogar nur um 71,3 Prozent ausgenutzt werden konnten.

Diese rückläufige Produktionsentwicklung dürfte auch die Ursache gewesen sein, weshalb am 7. und 8. Oktober 1930 in Kopenhagen Vertreter der deutschen, finnischen, norwegischen, schwedischen und tschechoslowakischen Zellstoffindustrie zu einer internationalen Aussprache zusammenkamen, wobei Maßnahmen zur Behebung der ungünstigen Absatzverhältnisse den Gegenstand der Beratungen bildeten. Die österreichischen Zellstoffabrikanten waren der Konferenz ferngeblieben. In den skandinavischen Staaten beträgt die Zellstoffüberproduktion zur Zeit 10 bis 20 Prozent. Die tschechoslowakischen Fabrikanten verlangten eine Einschränkung der Produktion um 15 bis 20 Prozent.

Nach Mitteilung der „Papierzeitung" Nr. 83/1930 war das Ergebnis dieser Konferenz nicht etwa eine allgemeine Herabsetzung der internationalen Zellstoffpreise zur Belebung des Absatzes, sondern ein Beschluß, die europäische Zellstoffproduktion durch Betriebseinschränkungen um 15 Prozent zu vermindern. Dabei sollen die tschechoslowakischen Fabrikanten den Vorbehalt gemacht haben, daß sie diesem Abkommen nur beitreten, wenn auch die österreichischen Erzeuger sich diesem Übereinkommen anschließen. G. Stühler, Hannover.

Lohnabbau.

Herr Dr. Feldgen vom Arbeitgeberverband der papierverarbeitenden Industriellen schreibt der Redaktion des „Proletariers":

„In Nummer 49 des „Proletariers" ist in dem Artikel, überschrieben „Lohnabbau", fußend auf einer Notiz in Nr. 80 der „Papier-Zeitung", die in Nr. 84 bereits berichtigt worden ist, der Meinung Ausdruck gegeben, daß, abgesehen von der Tapeten- und Wellpappen-Industrie die Reichslohntarife für die übrige Papierverarbeitungs-Industrie bis 1932 festgelegt seien. Das ist jedoch nicht der Fall, die erwähnte Notiz verwechselte Mantel tarif und Lohn tarif. Nur die Manteltarife sind z. T. bis 1932 festgelegt.

Damit entfallen auch die aus dem Artikel gezogenen Schlußfolgerungen und Mutmaßungen, daß es „anscheinend Herrn Dr. Feldgen auf einen allgemeinen tarifwidrigen Lohnraub mit Hilfe der staatlichen Schlichtungsbehörden nicht ankomme."

Nicht für den Gau 6,

sondern für die Papierarbeiterschaft des Gaues 4 tagte die Papierarbeiterkonferenz, über die in Nr. 50 des „Proletariers" berichtet wurde.

Nahrungsmittel-Industrie

Der Enquete-Ausschuß und die deutsche Ölindustrie.

II.

Über die Produktionsbedingungen enthält der Bericht eine Reihe interessanter Ausführungen. In einem längeren Gutachten wird das Herstellungsverfahren, also das Reinigen und Zerkleinern der Saat, das Vorwärmen, Pressen und Extrahieren geschildert. Dabei wird festgestellt, daß im Extraktionsverfahren fast nur Sojabohnen entölt werden, während die anderen Saaten fast nur im Presseverfahren verarbeitet werden. Eine Schilderung über die Ölveredelung durch Raffination, über die Fetthärtung und dgl. schließt sich an. Auf Einzelheiten einzugehen, dazu fehlt uns der Raum. Außerdem haben wir darüber wiederholt im „Proletarier" geschrieben.

Über die Kapazität und ihre Ausnutzung heißt es, daß die Höchstkapazität erst beim Dreischichtsystem in der Ölindustrie erreicht werde. Da nicht überall in drei Schichten gearbeitet wird, läßt sich nicht feststellen, inwieweit die Kapazität ausgenutzt ist. Es wird aber gesagt, daß die stillgelegten Betriebe ungefähr 400 000 Tonnen Ölrohstoffe verarbeitet hätten. Daneben ist die Rohstoffverarbeitung gegenüber 1913 von 1,7 Millionen Tonnen auf 2,5 Millionen Tonnen und darüber gestiegen, so daß die arbeitenden Betriebe mehr ausgenutzt werden als früher. Es wird dann kurz die Frage behandelt, was aus den Arbeitern wird, die bei der Betriebsstillegung arbeitslos werden. Die Arbeitnehmer beantworten die Frage so, daß bei den angelernten Ölarbeitern eine Umstellung erforderlich ist, wenn sie anderswo unterkommen wollen. Bei einem Teil der übrigen Arbeiter, die allgemeine Arbeit verrichten, ist das nicht erforderlich.

Anteilig stellen die Rohstoffe den größten Prozentsatz bei der Produktion. Die Kosten für Rohstoffe betragen 85 bis 90 Prozent, so daß für Verarbeitungskosten ein verhältnismäßig kleiner Anteil bleibt. Man hat versucht, Spezialanlagen für einzelne Saatarten zu schaffen. Auch die kombinierte Verarbeitung in Preß- und Extraktionsverfahren ist versucht. Über betriebliche Organisation, Verteilung der Arbeiter auf die einzelnen Betriebsstellen usw. gibt folgende Tabelle Aufschluß:

In einer Ölfabrik waren beschäftigt:

Saatverarbeitung (Reinigung, Müllerei, Presserei usw.)	40 %
Hofschicht	29 %
Handwerker, Maschinisten, Heizer . . .	16 %
Frauen	9 %
Raffinatien	6 %

Dieses Beispiel ist nicht für alle Betriebe gültig. Den Hauptanteil der Beschäftigten stellt aber wohl in allen Betrieben die Saatverarbeitung. Dann kommt die Hofschicht. Der Bericht stellt fest, daß der Anteil der Arbeiterinnen bei der Beschäftigtenzahl ungefähr 4 Prozent im Durchschnitt beträgt. Das war auch in der Vorkriegszeit so. Der Anteil der Handwerker ist von 11 Prozent auf 15 Prozent gegenüber der Vorkriegszeit gestiegen. Das ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß die Betriebe technisch stark umgestellt sind. Von der Arbeiterschaft wird darauf verwiesen, daß die Ölindustrie an den Preßanlagen nur kräftige Leute gebrauchen könne. Arbeiter über 40 Jahre können dort kaum noch arbeiten. Die Sachverständigen der Arbeitgeber sind der Auffassung, daß das nicht generell stimmt.

Trotzdem die Ölindustrie in der Vorkriegszeit technisch schon gut ausgebaut war, sind in den letzten Jahren wesentliche technische Verbesserungen durchgeführt. Vergleichsmaterial über die Leistungen je Arbeiter liegt aus dem Jahre 1913 nicht viel vor. Aus dem vorliegenden Material zieht der Bericht folgenden Schluß:

„Danach hat sich in einer Extraktionsanlage die Pro-Kopf-Leistung der Arbeiter in den Jahren 1913 und 1927 von 251 auf 300 Tonnen, in einem großen Pressereibetrieb für Leinsaat von 191 auf 200 Tonnen erhöht. In einer mittleren Rapspresserei entfielen 1913: 200 Tonnen und 1927: 209 Tonnen auf den einzelnen Arbeiter und in einem mittleren Leinsaat-Spezialbetrieb 1913: 250 Tonnen und 1927: 200 Tonnen. (Die letzte Zahl für 1913 erscheint allerdings zu hoch.) Für die Kleinbetriebe stehen brauchbare Zahlen nicht zur Verfügung."

Mit einer Ausnahme, die im Bericht selbst als richtig angezweifelt wird, hat sich also die Pro-Kopf-Leistung stark erhöht. Ebenso hat sich die Leistung in den Raffinerien ebenfalls bedeutend erhöht. Die Sachverständigen der Arbeitgeber vertreten die Auffassung, daß die erhöhte Leistung auf technische Verbesserungen zurückzuführen ist. Die Arbeiter sagen aber, daß diese erhöhte Leistung auch auf erhöhten Kraftaufwand des Arbeiters mit zurückgeführt werden muß. Ein Sachverständiger der Arbeitgeber sagte denn auch auf direktes Befragen: „Gewiß, die Arbeit, die sich heute in acht Stunden vollzieht, hat sich früher in 9½—10 Stunden vollzogen." Diese Äußerung wird von anderen Sachverständigen der Arbeitgeber bestätigt. Die Auffassung der Ölarbeiter, daß man heute in der Ölindustrie in acht Stunden soviel leistet wie früher in 9½—10 Stunden, wird also hier durch Arbeitgeber-Sachverständige bestätigt.

Unter „Unfälle und Berufskrankheiten" wird die erhöhte Zahl der Unfälle besprochen. Die Arbeitgeber-Sachverständigen vertreten die Auffassung, daß die erhöhten Unfallmeldungen auf die tarifliche Bestimmung zurückzuführen seien, wonach Unfälle entschädigt werden. Die Arbeitnehmer-Sachverständigen bestreiten dieses. Sie führen die erhöhte Unfallzahl auf die Arbeitshast zurück, mit der heute in den Betrieben gearbeitet wird. Als spezielle Berufskrankheit für die Ölarbeiter wird die Ölkrätze angesehen, die aber nur bei den dafür empfänglichen Ölarbeitern auftritt. Zum Kapitel „Arbeitszeit und Pausen" wird festgestellt, daß im Jahre 1913 in der Ölindustrie noch der 10—12-Stunden-Tag, in der Nachkriegszeit dagegen überall der Achtstundentag bestehe. In Harburg hatten die Pressenarbeiter aber auch schon in der Vorkriegszeit den Achtstundentag.

Unter dem Kapitel „Rationalisierung" wird die Frage aufgeworfen, ob in den Konzernbetrieben die Arbeiter mehr angespannt werden als in den freien Betrieben. Die Arbeitnehmer-Sachverständigen bejahen diese Frage, die Konzernvertreter stellen sie in Abrede. Der Vorsitzende faßt das Ergebnis der Aussprache wie folgt zusammen:

„Die Ergebnisse unserer Rationalisierungsdebatte darf ich wie folgt zusammenfassen: Die Arbeitsleistung ist in der gesamten Ölindustrie zweifellos gestiegen, doch gehen die Meinungen darüber auseinander, ob die Steigerung lediglich auf technische Verbesserungen oder zugleich auf verstärkte Inanspruchnahme der menschlichen Arbeitskraft zurückzuführen ist. Der letztere Faktor dürfte beim Pressereibetrieb eine größere Rolle gespielt haben als beim Extraktionsverfahren. Im übrigen wurde einhellig anerkannt, daß der Kräfteverbrauch, auf die Stunde umgerechnet, in der Nachkriegszeit größer geworden sei, so daß die verkürzte Arbeitszeit kompensiert wurde, daß aber auf den Arbeitstag bezogen, gesteigerte Arbeitsanstrengung nicht vorliege. Im ganzen stellt sich das Bild so dar, daß überwiegend eine der verkürzten Arbeitszeit entsprechende Intensivierung der Arbeitsleistung stattgefunden hat."

Beim Kapitel „Löhne" wird festgestellt, daß der Lohnanteil in den einzelnen Betrieben 2,5—5,5 Prozent an den Gesamtkosten beträgt. An den reinen Verarbeitungskosten, also ohne Rohstoffe, beträgt der Lohnanteil 20—30 Prozent, er bleibt z. T. auch unter 20 Prozent. Über die Höhe der Löhne gibt eine Tabelle Auskunft. Ferner haben die am Tarifvertrag beteiligten Organisationen ein gemeinsames Gutachten eingereicht, das auf Grund einer besonderen Umfrage die Verdienste feststellt. Da wir die Stundenlöhne wiederholt veröffentlicht haben, können wir darauf verzichten, sie hier wiederzugeben. Die Akkordverdienste spielen in der Ölindustrie eine erhebliche Rolle. Von den durch Umfrage erfaßten Beschäftigten arbeiteten 1928 = 30,12 Prozent zum reinen Tariflohn, 29,89 Prozent zum Tariflohn mit Prämien und sonstigen Zuschlägen, 26,86 Prozent im reinen Akkord und 14,13 Prozent zum Handwerkerlohn. Der Durchschnittsverdienst je Arbeitsstunde betrug im Jahre 1928 in den erfaßten Betrieben 1,21 Mk.

Im Vergleich mit dem Auslande wird festgestellt, daß die ausländische Ölindustrie in technischer Beziehung der deutschen keinesfalls überlegen sei. Von den Löhnen heißt es im Bericht: „In den Industrieländern ist der Lohnanteil ähnlich wie in Deutschland; in den asiatischen Rohstoffgebieten, in denen sich eine Ölindustrie entwickelt hat, ist der Lohnanteil niedriger." Die Sachverständigen der Industrie äußern sich dahin, daß sie niemals gesagt hätten, daß gerade die Lohnfrage es sei, die sie an der Konkurrenzfähigkeit mit dem Auslande hindere. Wir seien aber auf einem Lohnniveau angelangt, bei dem der Lohnhöhe erhebliche Bedeutung beizumessen sei. Dazu möchten wir jedoch bemerken, daß die Leistungen in der deutschen Ölindustrie anerkanntermaßen von keinem Lande überkroffen werden.

Ein weiterer Abschnitt behandelt die Finanzierung. Hierbei wird festgestellt, daß sich die Konzernbetriebe allgemein in einer günstigeren finanziellen Lage befänden, als die freien

Ölfabriken. Zur Finanzierung der technischen Umstellung äußert sich ein Industrie-Sachverständiger folgendermaßen:

„Die Kosten der Investierung sind ziemlich unbedeutend im Verhältnis zum Erfolg. Einige hunderttausend Mark sind freilich nötig, aber bei den Umsätzen einer Ölmühle wird man sich nicht lange fragen, woher man diese hunderttausend Mark nimmt. Diese Summe wird nach meinem Gefühl durch kurzfristige Kredite gedeckt und kann aus den laufenden Einnahmen abgetragen werden. Ich halte es ganz allgemein für richtig, daß die Rationalisierung in der Ölindustrie mit verhältnismäßig geringen Mitteln durchzuführen ist."

So lautete das Urteil der Arbeitgeber nicht immer. Wiederholt haben wir von Unternehmern gehört, daß der Kapitalbedarf für die Rationalisierung die Unternehmungen schwer belaste. Hier wird nun das Gegenteil gesagt. Hier wird bestätigt, daß die Mittel für die Rationalisierung aus den laufenden Betriebsmitteln entnommen werden. Das ist etwas, was wir immer behauptet haben, was aber von den Arbeitgebern immer bestritten wurde. Der Vorsitzende konnte dann zum Schluß auch feststellen, „daß die notwendigen Kapitalien zur Erweiterung der Anlagen sowie zur Durchführung der Rationalisierungsmaßnahmen der Ölindustrie zur Verfügung gestanden haben, besonders weil der Kapitalbedarf hierfür nicht sehr erheblich war."

Es folgen dann längere Betrachtungen über die Unkosten der Finanzierung. Dabei klagt die deutsche Industrie darüber, daß die Zinssätze in Deutschland höher sind als im Auslande. Ein besonderes Kapitel ist die Arbeit der Konzernölmühlen gegen Schlaglohn. Es wird so dargestellt, als ob die Ölfabriken, die zu dem Konzern gehören, bei der Festsetzung des Schlaglohnes mit zu bestimmen haben. Nach langen Auseinandersetzungen stellt der Vorsitzende die konkrete Frage: „Wer bestimmt nun die Höhe des Schlaglohnes?" Zu dem Konzernvertreter gewandt: „Sie bestimmen doch letzten Endes." Hierauf antwortet der Konzernsachverständige ausweichend, so daß man annehmen kann, der Vorsitzende hat recht. Der Vorsitzende macht dann zum Schluß folgende Feststellung:

„Die Verhandlungen haben ergeben: Der Schlaglohn bleibt von der Konjunktur relativ unabhängig; nur die auf dem freien Markt abgesetzte Ölmenge und wohl auch der gesamte Kuchenabsatz unterliegt der Konjunktur und dem Preiskampf. Damit büßen die Ölmühlen zweifellos einen Teil ihrer Unabhängigkeit, ihres Einflusses auf eigene Rentabilität, ein. Sie gewinnen aber eine Sicherung gegenüber ungünstigen Konjunkturschwankungen."

Die Abnehmerkredite spielen in der Ölindustrie eine große Rolle. Die Industrie gewährt ihren Abnehmern durchschnittlich einen Kredit von 45 bis 60 Tagen, in Ausnahmefällen auch 90 Tagen. Ein Sachverständiger sagt dazu: „Die Margarineindustrie braucht große Kredite, und die wird sie nicht von den Banken bekommen, sondern die Ölindustrie ist der Bankier für die freie Margarineindustrie." Dann kommt eine längere Betrachtung über die Absatzverteilung und den Gesamtverbrauch an Ölen in Deutschland. Nach Feststellungen des Ausschusses beträgt der Gesamtabsatz an Ölen für Ernährungszwecke 444 100 Tonnen = 73,2 Prozent, für technische Zwecke 162 600 Tonnen = 26,8 Prozent. Der Hauptanteil beim pflanzlichen Ölverbrauch in Deutschland wird also zu Ernährungszwecken abgesetzt. Die Margarineindustrie verbrauchte im Jahre 1928 330 000 Tonnen an pflanzlichen Ölen gegenüber 80 000 Tonnen im Jahre 1913. Besonders erwähnt sei noch, daß der Lackindustrie ein Konkurrent erstanden ist durch die Erzeugung von Zelluloselack. Dieses Kapitel spielt, namentlich bei den Erörterungen über den Verbrauch von Leinöl, eine wesentliche Rolle. Die übrigen Öle, die außer der Lackindustrie noch zu technischen Zwecken verbraucht werden, gehen in die Seifenindustrie, Lederindustrie, Linoleum- und Wachstuchindustrie usw. Der größte Verbraucher für Öle, die zu technischen Zwecken verwandt werden, ist wohl die Seifenindustrie.

Über die Preise wird im Bericht gesagt:

„Die Preise für Ölsaaten, Öle und Ölkuchen sind somit von drei Faktoren abhängig: dem Ölsaatangebot (Ernten), der Ölnachfrage und der Ölkuchennachfrage. Die Spanne zwischen dem Preis einer Tonne Rohstoff und der Summe der Preise der daraus erzeugten Menge Öl und Ölkuchen, ist (bei gleichbleibenden Löhnen, Zinsen und sonstigen Verarbeitungskosten) konstant."

Diese Ansicht wird durch eine Anzahl Diagramme bestätigt. Wenn nun aber die Spanne zwischen Rohstoffpreis, Öl- und Kuchenpreis sich immer gegenseitig ausgleicht, dann sind auch die Gewinnmöglichkeiten fast immer konstant. Das ist ein großer Vorteil für die Industrie. Die Preise für Ölrohstoffe sind gegenüber der Vorkriegszeit um 20 bis 50 Prozent gestiegen. Die geringste Steigerung finden wir bei Sojabohnen. Die Ölkuchenpreise zeigten bis zum Jahre 1928 ebenfalls eine Preissteigerung bis zu 50 Prozent gegenüber dem Jahre 1913. Die Ölpreise dagegen zeigen nur eine Preissteigerung bis zu 20 Prozent gegenüber der Vorkriegszeit.

Saisonschwankungen spielen in der Ölindustrie keine große Rolle. Der Bericht sagt dazu: „Es kann also festgestellt werden, daß die Ölindustrie als Ganzes sich weder von Saison- noch von Konjunkturschwankungen in besonders ausgesprochener Abhängigkeit befindet." Dieses verdankt die Industrie ihrer Vielseitigkeit, wie der Vorsitzende zum Schluß besonders hervorhebt. Die zu Nahrungsmittelzwecken verwandten Öle werden in erster Linie in den Jahreszeiten verbraucht, wo die Butterproduktion geringer ist, während technische Öle in erster Linie im Frühjahr und im Sommer verbraucht werden. In der Absatzorganisation hat sich manches geändert. Infolge der Schlaglohnverträge gehen rund 30 Prozent der deutschen Ölproduktion überhaupt nicht auf den Markt, sondern direkt an die Margarinefabriken des Konzerns.

Die Ölkuchen spielen für die Ölindustrie eine erhebliche Rolle. Ihnen ist ein besonderes Kapitel gewidmet. Nachstehende Tabelle gibt eine Übersicht über Inlandsproduktion, Einfuhr, Ausfuhr, Einfuhrüberschuß und Verbrauch bei den Ölkuchen in 1000 Tonnen:

Jahr	Inlandsproduktion	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhrüberschuß	in Mill. Mk.	Inlandsverbrauch
1913	1088,3	823,6	294,2	534,4	80,0	1622
1925	978,0	340,1	325,8	14,3	2,5	992
1926	1059,3	440,8	379,2	61,6	6,3	1118
1927	1267,5	558,4	316,2	242,2	36,9	1510
1928	1625,0	546,6	441,2	105,4	10,0	1730
1929	1713,0	554,6	467,1	87,5	17,6	1800

Die Tabelle zeigt, daß die Inlandsproduktion stark gestiegen ist. Dagegen sind die Einfuhr und der Einfuhrüberschuß zurückgegangen. Die Ausfuhr ist bedeutend gestiegen, der Inlandsverbrauch ebenfalls. Beim Absatz der Ölkuchen ist die Industrie stark abhängig von den sonst anfallenden Futterstoffen. Der Absatz stockt im Sommer und Herbst und wird im Winter größer. In einem weiteren Kapitel wird dann die Weltwirtschaft in der Ölindustrie behandelt. Darauf kommen wir in einem nächsten Artikel zurück. E. Senkfeil.

Verschiedene Industrien

Weihnachten und Spielwarenindustrie.

II.

Die Spielwarenherstellung ist gut spezialisiert. Es gibt mehrere Dutzend Berufe; da finden wir die Bezeichnung für die Tätigkeit der einzelnen Heimarbeitsgruppen, wie: Drücker, Former, Balgmacher, Kopfmaler, Anstreicher, Drechsler, Schnitzer, Augenmacher, Pappdeckelmacher, außerdem Näherinnen, Stopferinnen, Verschmierer, Verkleber, Gestellmacher, Fertigmacher usw. Solche Bezeichnungen findet man in der Hauptsache in der abhängigen Heimarbeit. Die Arbeit in der Spielwarenindustrie wird mit am schlechtesten entlohnt.

Etwas besser gestellt als die oben bezeichneten Heimarbeiter, aber immer noch schlecht genug daran sind die sogenannten Hausgewerbetreibenden in der Spielwarenindustrie. Es sind das die Augeneinsetzer, Gießer, Pappstanzer, Friseure, Puppenhutmacher, Puppenschuhmacher, Schiffmacher, Geigenmacher, Stoffpuppen- und Stofftiermacher, Bossierer, Stimm- und Schachtelmacher.

In Fabrikbetrieben werden hergestellt: Puppen aller Art, Babys, Puppenkleider, gestopfte und mit Stoff überzogene Tiere, Scherzartikel aller Art, Pferde und Pferdeställe, Farbkasten, mechanische Spielsachen, Trommeln, Märbel, Holz- und Pappspielwaren aller Art, Wetterhäuser, Schaufensterdekoration und dergleichen, Puppenmöbel und Puppenstuben.

Warum Spaltung?

Der russische Gewerkschaftsführer Losowsky erklärte in einer Sitzung der Profintern in der ersten Dezemberwoche 1928 in Moskau: „Jawohl, unsere Anweisungen bedeuten Spaltung. Wir befinden uns in einer Sackgasse, aus der wir nur durch die Spaltung der reformistischen Verbände herauskommen."

Losowsky hat damit zugegeben, daß die Rote Gewerkschaftsinternationale sich in einer hoffnungslosen Situation befindet und nichts für die Arbeiterschaft erreicht hat und nichts erreichen wird. Um die betrogene Arbeiterschaft darüber hinwegzutäuschen, schimpft er auf die „Reformisten" und will noch die einzige Schutzwehr der Arbeiterklasse gegen die Macht der Unternehmer zertrümmern. Schützt eure freien Gewerkschaften, schützt euren Verband gegen diese verbrecherische „revolutionäre" Taktik!

Wenn zur Weihnachtszeit am Tannenbaum neben Weihnachtskerzen silberne, goldene und bemalte Glaskugeln aufgesteckt sind, wenn man das Glitzern und Gleißen und die vielfachen Reflexe der Glaskugeln bewundert, dann denken nur wenige daran, daß diese Glaskugeln von Menschen hergestellt sind, die dauernd bittere Not leiden. Und trotzdem die Christbaumschmuckmacher recht wenig verdienen, schlecht entlohnt werden, sind die Glaskugeln, die in den Waren- und Kaufhäusern der Großstädte, auf Weihnachtsmärkten und anderen Plätzen und in Läden gekauft werden, nicht billig. Stichproben bewiesen, daß der Zwischenhandel enorme Gewinne einholt.

Christbaumschmuck wird in der Regel nur in der Hausindustrie hergestellt. Die Verdienstmöglichkeiten in dieser Industrie sind sehr gering. Im Juni 1928 haben wir eine Untersuchung über die Löhne vorgenommen. In rund 100 Fällen aus den Ortschaften Lauscha, Steinheid, Neuhaus, Igelshieb, Ernstthal, Hasenthal, Haselbach, Spechtsbrunn und Steinach haben wir Löhne zwischen 18 und 27 Pf. festgestellt. Die meisten Durchschnittslöhne bewegen sich in der angegebenen Spanne. Ausnahmefälle, in denen mehr verdient wurde, gab es allerdings auch.

Es war gelungen, für die Christbaumschmuckmacher einen Tarifvertrag zu schaffen. Dadurch hatten sich die Verhältnisse im Jahre 1929 vorübergehend gebessert. Im Jahre 1930 sind die alten Verhältnisse zurückgekehrt. Die allgemein schlechte Wirtschaftslage wird von den Unternehmern zur willkürlichen Entlohnung ausgenutzt. Meist sitzt die Glasarbeiterfamilie von früh bis Mitternacht bei der Arbeit, oft noch länger. Die Kinder müssen nach Schulschluß gleich mit an den Arbeitstisch; die Arbeitskräfte von alt und jung werden auf das äußerste angespannt, und wenn die Familie 40 Mk. in der Woche verdienen will, dann muß sie Tag und Nacht arbeiten.

Drei bis vier Monate im Jahre sind die Christbaumschmuckmacher arbeitslos. In der übrigen Zeit wird die doppelte Zeit gearbeitet, aber der Verdienst steigt bei weitem nicht so. Die in der Christbaumschmuckindustrie Tätigen, gleichgültig, ob sie Hausarbeiter oder Mitarbeiter sind, leiden zusammen Not. Dazu kommt noch, daß in den letzten Jahren ein unerhörter Steuerdruck auf die Christbaumschmuckmacher ausgeübt wurde.

In der übrigen Heimarbeit der Spielwarenindustrie liegen die Verhältnisse ähnlich. Die Kinderarbeit ist wieder alltägliche Erscheinung geworden. Es ist traurig, daß die Eltern, die in der Heimarbeit tätig sind, nicht in der Lage sind, ihre Familie allein zu ernähren. Die Familie kann nur leben, wenn alle Familienmitglieder bei der Arbeit mithelfen. Je schlechter die Verdienstmöglichkeiten, desto mehr wird die Heranziehung der Kinder zur Arbeit notwendig. In den Schulen finden zuweilen Erhebungen über den Umfang der Kinderarbeit statt. Die Kinder gestehen in den seltensten Fällen ein, daß sie zu Hause arbeiten müssen. Die Ergebnisse dieser Umfrage zeigen deshalb nie ein richtiges Bild auf. Aber der Lehrer sieht an den müden Gesichtern der Buben und Mädel, daß sie zu Hause bis in die Nacht hinein mitarbeiten müssen. Die Aufnahmefähigkeit in der Schule geht deshalb zurück.

Wie sich die Wocheneinkommen der thüringischen Hausarbeiterfamilien gestalten, sei in folgender Tabelle aufgezeigt:

Nr.	Zahl der mithelfenden Familienangehörigen (einschl. Betriebsleit.)	Zahl der wöchentlichen Arbeitsstund. je Person	Wöchentl. Gesamteinkommen der Familien in Rℳ	Stundenlohn je Person in Rℳ
1	4	75	68,58	0,23
2	4	70	40,20	0,14
3	4	70	54,20	0,20
4	4	70	58,90	0,21
5	4	60	67,70	0,28
6	2	60	29,50	0,25
7	3	60	39,05	0,22
8	2	70	25,30	0,18
9	5	70	69,40	0,23
10	4	70	74,50	0,27
11	2	70	32,85	0,24
12	2	65	26,01	0,20
13	6	72	82,09	0,19
14	3	70	42,30	0,20
15	2	70	38,99	0,28
16	2	70	11,82	0,09
17	2	70	21,97	0,16
18	4	70	54,41	0,19
19	4	70	62,15	0,22
20	5	70	81,55	0,27
21	2	70	36,55	0,26
22	2	70	45,87	0,32
23	5	70	47,50	0,13
24	8	70	119,30	0,21
25	2	70	34,20	0,25
26	2	60	33,02	0,27

Lange Arbeitszeit und niedrigen Lohn zeigen vorstehende Zahlen, und das in einer Industrie, die Weihnachtsfreuden bereiten hilft. Die Begleiterscheinungen der langen Arbeitszeit und der niedrigen Löhne sind nicht schwer zu erraten. Sie sind Not, Elend, Entbehrung in körperlicher und geistiger Beziehung. Man darf es als tragisch bezeichnen, daß die Menschen, die in bitterster Not jahraus, jahrein ihr Dasein fristen, Arbeiten verrichten, deren Ergebnisse bei anderen Menschen Freude auslösen.

In der Spielwarenindustrie des Erzgebirges liegen die Verhältnisse ähnlich wie in Thüringen. Der Enqueteausschuß sagt über die Arbeits- und Lohnbedingungen in der Heimindustrie des Erzgebirges, daß sich die Effektivverdienste zwischen 20 und 25 Mk. in der Woche bewegen. In diese Zahlen seien allerdings die Arbeitsleistungen der Frauen mit eingerechnet. Bei den Erhebungen seien durchschnittlich Verdienste von 30 Pf. je Stunde bei den Männern festgestellt. Für die Frauen, die auch ihre häusliche Arbeit mit verrichten, bewegt sich der Stundenlohn zwischen 12 und 15 Pf. Die Arbeitszeit im erzgebirgischen Hausgewerbe wurde mit 70 Stunden in der Woche festgestellt. In der Saison sei auch diese Arbeitszeit noch wesentlich überschritten.

Die übrigen Hausarbeitsgebiete, in welchen Spielwaren hergestellt werden, haben ähnliche Verhältnisse aufzuweisen. Eine Ausnahme wird gemacht, wo die Spielwaren in den Betrieben hergestellt werden. Da wird in der Regel die 48stündige Arbeitszeit eingehalten und nur ganz vorübergehend überschritten. Die Entlohnung wird nach Tarif vorgenommen, und diese Tarife sind nach Möglichkeit den Tarifen in anderen Industrien angepaßt. Aber trotz alledem sind auch die Spielwarenarbeiter, die ihre Tätigkeit im Betriebe verrichten, nicht auf Rosen gebettet. Sie werden im Vergleich zum Betriebsarbeiter anderer Industrien niedrig entlohnt.

Jetzt, kurz vor Weihnachten, ruht die Spielwarenindustrie fast vollkommen. Insbesondere in der Heimindustrie wird in der Zeit vor Weihnachten fast nicht gearbeitet. Bisher haben die Hausgewerbetreibenden und Heimarbeiter in dieser Zeit Erwerbslosenunterstützung beziehen können. Infolge der Verordnung des Präsidenten der Reichsanstalt vom 18. Oktober 1930 können große Teile der in der Hausindustrie beschäftigten Personen in diesem Jahre keine Erwerbslosenunterstützung mehr beziehen. War die Not in den vergangenen Jahren um die Weihnachtszeit schon groß, so wird sie in diesem Jahre noch weiter erhöht. Weihnachtsfreuden für das kaufende Publikum, das sich für seine Kinder zu Weihnachten Spielsachen leisten kann; auf der anderen Seite erhöhte Not der Hersteller von Spielsachen! H. Elflein.

Literarisches.

„Die Zwangsjacke." Ein neuer Jack London. Daß Menschen noch heute in den Gefängnissen hingemordet werden, beweist Jack London mit seinem Roman „Die Zwangsjacke" (erschienen im Universitas-Verlag, Berlin. Volksausgabe in der Büchergilde Gutenberg, nur für Mitglieder. Preis 3 Mk.) Er läßt einen zu lebenslänglichem Kerker Verurteilten, der später dem Strang überliefert wird, die Erlebnisse der letzten Jahre seiner Qual berichten. Es ist ein Buch des Grauens. Der Gefangene wird von den Wächtern und der Gefängnisleitung gefoltert und oft mehrere Tage lang in die Zwangsjacke eingeschnürt. Die fieberhaften Phantasien während dieser Tortur erscheinen ihm als Wirklichkeit; sie sind der einzige Trost des Gemarterten, und dieses Traumleben gibt ihm eine Überlegenheit über seine Peiniger. Diese modernen Sklavenaufseher und Henker werden durch den Widerstand des Gefangenen zu immer stärkeren Scheußlichkeiten angespornt, aber der Gefangene trotzt ihnen und glaubt auch noch wenige Minuten vor dem Tode an die Überlegenheit seines Geistes über den Körper und die erbärmliche Umgebung. Mehr als die zügellose Phantasie einer gepeinigten Seele interessiert uns die Darstellung des Daseins eines Eingekerkerten, die Darstellung des modernen und „humanen" Strafvollzugs, von dem wir sonst nichts erfahren und über dessen Brutalität wir auch nicht aufgeklärt werden, wenn noch so viele Kommissionen durch die Gefängnisse geführt werden. Im Land des konsequenten Hochkapitalismus ist auch das kapitalistische Zuchthaussystem am erschreckendsten ausgeprägt. Jack Londons neuer Roman deckt diese Tatsache mit schonungsloser Offenheit auf.

„Flick-Flack-Flaum, die Zwerge." Der Verlag W. Pfannkuch & Ko. („Volksstimme", Magdeburg) hat den Büchermarkt wiederum um ein prächtiges Kinderbuch bereichert, das, ein modernes Märchen mit starkem sozialem Gehalt, auch Erwachsenen viel Freude macht, denn was hier in 232 allerliebsten Bildern und 24 lustigen Versen an unserem Auge vorüberzieht, ist keine der üblichen Zwergengeschichten, sondern Menschenschicksal der Gegenwart. Die vom bösen Geizhals Flunsch aus ihrer Höhle vertriebenen drei Zwerge finden Schutz beim sozialdemokratischen Ortsvorsteher Krause, und der Geizhals wird schließlich überlistet. Dann sehen wir die Zwerge im Großstadtgewimmel und dann beim Bauer Speck, wo sie des Elend der Landarbeiter kennen lernen. Wiederum wird Ortsvorsteher Krause ihr Freund in der Not. Wahrlich, sozialer Anschauungsunterricht in nettester und kindlich verständlichster Form. Das in Querformat gehaltene, geschmackvoll ausgestattete Buch kostet nur 2,50 Mk.

Reichsversicherungsordnung mit Ausführungsbestimmungen und Nebengesetzen. Textausgabe mit Sachregister, herausgegeben von Dr. Herm. Dersch, Universitätsprofessor, Direktor im Reichsversicherungsamt. Berlin. 5. Auflage 1931. XX, 552 Seiten Kleinoktav (Band 114 der „Blauen Gesetzesausgaben"). In Leinen 4,50 Mk. Verlag J. Bensheimer, Mannheim, Berlin, Leipzig. Bereits nach acht Monaten erscheint von Professor Dersch bekannter Ausgabe der RVO. eine neue, die dritte Auflage. Sie gibt den neuesten Stand der Gesetzgebung wieder und berücksichtigt alle durch Notverordnung vom 26. Juli 1930 veranlaßten Änderungen. Infolge der vielfach bewährten Vorzüge: Zuverlässigkeit in der Wiedergabe der Texte, übersichtliche Anordnung, Verweisungen auf Abänderungen und Ergänzungen, handliches Taschenformat und große Reichhaltigkeit bei sehr niedrigem Preis, darf Dersch Handausgabe nach wie vor zu den besten Hilfsmitteln des Praktikers gezählt werden, um so mehr, als neben der RVO. auch noch eine große Zahl von Ergänzungsverordnungen abgedruckt sind.

Unterhaltung, Wissen und Bildung

Die Marie.

Von Ruth Hoffmann.

(Nachdruck verboten.)

Die Marie war weg. Eines Tages plötzlich verschwunden. Gerade die. Ihr unordentliches Bett war ganz einfach leer. Und alle ihre Sachen auch weg. Ich suchte sie in allen Ecken. Dabei fand ich auch viel, bloß nicht die Marie. Alles mögliche kam zum Vorschein, wonach ich sonst umsonst gesucht hatte, aber jetzt wollte ich die Marie. Ich kroch an der Spielkiste entlang und kramte furchtbar. Bis die Mutter hereinkam und sagte: „Also was suchst denn du?"

„Meine Marie!" schrie ich wütend.

Sie zwinkerte mit den Augen und suchte mit, aber es nützte nichts, schließlich sagte sie stöhnend: „Jetzt also, warte mal, der Weihnachtsmann wird sie geholt haben, du hast sie ja immer halbnackt herumliegen lassen."

Natürlich hatte ich das, aber deswegen brauchte er doch nicht gleich die ganze Marie mitzunehmen.

Na, sie blieb einfach verschwunden. Da sollte ich kurz vor Weihnachten in einem Theaterstück mitmachen, die Mutter runzelte erst lange mit der Stirn, zuckte tagelang die Schultern, schüttelte immerzu den Kopf, aber schließlich durfte ich, wenn auch Vater einen Lachkrampf bekam, als er hörte, daß ich in diesem Stück „das artige Kind" geben sollte.

Die Proben begannen.

Ich spielte „das artige Kind", daß mich bisweilen meine Eltern unsicher anschauten, ob ich's auch wäre. In diesem Stück hatte ich einen Bruder, und der war „das unartige Kind". Er mußte einen ungezogenen Lümmel spielen und zum Beispiel behaupten: „Das Christkind und all so was ist Mumpitz!" Das Wort Mumpitz hatte ich bis dahin noch nicht gehört, und es gefiel mir sehr. Meine armen Eltern können es bezeugen. Zum Schluß des Stückes kam dann, wie das so üblich ist, die Bescherung.

Es wurde uns bei den Proben genau eingetrichtert, wo der Baum und der Tisch mit den Sachen stehen sollte, und es wurde uns gesagt, wir müßten uns mächtig freuen. Das Probieren machte viel Spaß.

Dann kam die Aufführung. Meine Mutter nähte mir auf das alte bräune Samtkleid einen gelben Spitzenkragen, meine langen Haare wurden gebürstet, dann zupfte sie lange an mir herum.

Und alles ging sehr gut. Zum Schluß kam die Bescherung; der Baum wurde angezündet, ich sah nach den Geschenken, Puppenstuben, Bären, Baukästen, Bücher — und auf einmal blieb mein Herz stehen, und mir wurde schwarz vor Augen.

Die Marie!

Die Marie saß da! Mitten in all den Dingen saß meine Marie! Mit schöngelocktem Haar, mit einem neuen Kleidchen, etwas fremd kam sie mir vor, aber es war meine Marie!

Ich stürzte quer über die Bühne und schrie wie eine Furie, riß sie an mich, quetschte sie an mein Herz, küßte sie. Da brüllte jemand neben mir: „Mumpitz" und riß mir meine Marie aus dem Arm, es war mein Partner, der das so bei den Proben gelernt hatte. Er hatte meine Marie bei den Locken und ließ sie baumeln. Und die Locken gingen ab, und meine Marie flog in großem Bogen über die Bühne. Ich stürzte besinnungslos nach, nahm sie auf, rannte zurück und schlug die Marie dem Jungen links und rechts um die Ohren. Er war so verdutzt, daß er sich gar nicht wehrte, aber dann packte auch ihn die Wut. Er riß mich an den Haaren, und ich schlug ihm meine Marie auf die Nase, bis er blutete. Es war eine furchtbare Prügelei. Das Christkind, der Weihnachtsmann und alle Engel brüllten, der Baum schwankte, und die Vorstandsdamen rannten aus den Kulissen heraus und schrien: „Vorhang runter, Vorhang runter!"

Der Vorhang fiel.

Mein Partner saß auf dem Boden und heulte vor Wut, mein Spitzenkragen war in Fetzen, mein Gesicht zerkratzt.

Es prallte alles von mir ab, was sie sagten. Die Mutter zwinkerte sehr und betrachtete sich erst die Marie. „Also, die ist zu leimen", sagte sie, und machte, daß sie mit mir nach Hause kam.

Ich steckte die Marie unter meine Jacke auf dem Heimweg. Der Weihnachtsmann hat sie dann geleimt, und ich besitze sie heute noch. Wenn ich sie manchmal erwische beim Kramen, sage ich: „Mumpitz".

Wer es nicht verstehen sollte: „Mumpitz heißt soviel wie furchtbares Heimweh".

„Berliner Tageblatt" Nr. 595 vom 18. Dezember 1929.

Weihnachten auf der Walze.

Acht Kinder waren wir. Der Verdienst des Vaters gering. Ich sollte im Eisenwerk Maximilianshütte (Sonsorst genannt) in Arbeit kommen, um mit zu verdienen, aber ich war erst 13¾ Jahre alt. Doch mein Vater wußte sich zu helfen, um auf dem Rathause beim Stadtschreiber ein Arbeitsbuch für mich zu erhalten. Er machte mich einfach um ein viertel Jahr älter. Und so steht heute noch in meinem Arbeitsbuch: S. P., geboren am 28. Oktober 1873, statt 14. Januar 1874. Und dann kam ich in die Fabrik an einen Dampfhammer als Hammerjunge. Das waren schwere Tage, als es galt, durch Heben und Senken der Klappe an den Dampfventilen gefühlsmäßig zu ergründen, daß nicht zu viel und nicht zu wenig Dampf in den mächtigen Vertikalzylinder strömte. Da kam es dann vor, daß der 60 Zentner schwere Hammer, wenn er zu viel

Dampf erhielt, an die unter dem Zylinder angebrachten Holzpuffer raste. War der Meister Müller in der Nähe, dann kam er gesprungen, und nun legte er los: „Du Hund, du Krüppel, du Schuft, ich schlag dich kaputt!" Wie es bei solcher Behandlung einem Kinde — denn ein solches war ich noch — zumute war, kann vielleicht mancher Leser sich vorstellen.

Eine Hölle war mir diese Fabrik. Körperlich schwächlich entwickelt bei schlechter Nahrung, die hauptsächlich aus Brot, Kartoffeln und Kaffee bestand, hatte ich immer eine Schicht von 14 bis 15 Stunden. Das heißt: Morgens 4½ Uhr aus dem Bette, dann schnell gewaschen und Kartoffel- oder Brotsuppe gegessen (Sonntags gab es Kaffee). Um 5 Uhr ging es aus dem Hause, da der Weg zur Fabrik genau eine Stunde betrug. 12 Stunden mit wenigen Unterbrechungen hatte man für einen Tagelohn von 70 Pfennig zu arbeiten. Abends ging es dann mit müdem Körper wieder eine Stunde heimwärts. Alle 14 Tage wurde die Schicht gewechselt, so daß wir Jungens von 13 bis 14 Jahren immer 14 Tage Nachtschicht und ebensolange Tagschicht hatten. Blieb der Ablöser aus, was öfters vorkam, so mußte man 36 Stunden hintereinander arbeiten. Alle 14 Tage bei Schichtwechsel, wenn die Schweiß- und Puddelöfen einen Tag abkühlten, mußten wir Hammerjungens Sonntags morgens antreten zum Zugreinigen. Das war so: In dem „Zug", einem etwa 8 bis 10 Meter langen Verbindungskanal zwischen Ofen und Schornstein, lag ein Dampfkessel. Den mußten wir, auf dem Rücken liegend, abkehren und dann, auf dem Bauche rutschend, Ruß und Asche herausziehen. Manchmal war die Asche noch glühend oder doch so heiß, daß man sich ein Brett unter den Leib legen mußte. Triefend von Schweiß kam man dann ins Freie.

Wohl infolge dieser für Kinder mörderischen Arbeit und weil wir immer Hunger hatten, starb mancher meiner Arbeitskollegen an der Schwindsucht im Alter von 18, 20, 25 Jahren. Kein Mensch kümmerte sich darum. Ich selbst war ein Grübler, habe gelesen, was mir in die Finger kam, wußte also schon manches, was andere nicht wußten. Und da ich alle 14 Tage (Zahltag) ein Taschengeld von 20 Pfennig erhielt, sparte ich diese Pfennige, bis es reichte zu einer Flasche Lebertran, den ich mir kaufte und während der Nachtschicht heimlich trank. Ich wollte nicht wie meine Schul- und späteren Arbeitskollegen an der Schwindsucht sterben. Also beugte ich vor.

Da starb mein Vater. Die Mutter war seit vier Jahren tot. Ich war 18 Jahre alt. Was ich mir schon längst vorgenommen hatte, kam jetzt zur Ausführung. Ich ging auf die Wanderschaft. Nichts hätte mich mehr halten können in dieser Hölle von Fabrik. In dürftigem Anzuge, ohne Mantel, der damals noch als Luxus galt, trat ich bei bitterer Kälte im Februar 1892 meinen Marsch an, hinaus in die fremde Welt. Ein glückliches Gefühl wirklicher Freiheit durchströmte mich jeden Morgen beim Erwachen. Aber Arbeit zu finden war schwerer als ich gedacht hatte. Dem schmächtigen, hochaufgeschossenen Jungen mit dem blassen Kindergesicht traute man nichts zu. Bis sich Meister Konstantin, der Leiter einer Feldziegelei in Bürgel bei Offenbach a. M., meiner erbarmte. 25 Pfennig Stundenlohn sollte ich erhalten; ich habe es erst geglaubt, als am Sonntagmorgen das Geld vor mir lag. Ich war glücklich. Um so mehr, als Meister Konstantin und seine Frau zwei Prachtmenschen waren. Sie waren mir Vater und Mutter. Deren gute Ratschläge habe ich zu meinem Glück gern befolgt. Leider war im September die Kampagne zu Ende, und es hieß wieder zum Wanderstab greifen, und der Wanderstab war auch alles, was ich mitnahm. Doch etwas Wertvolles hatte ich noch in der Tasche. Aus dem Elternhause hatte ich ihn mitgebracht, und ihn nahm ich wieder mit auf die Walze — meinen Rosenkranz. Ich trug ihn nicht nur in der Tasche, ich habe ihn fleißig benutzt. Vor mancher Kapelle, in manchem Kirchlein habe ich gekniet mit meinem Rosenkranz aus dem Elternhause in der Hand.

Durch Hessen, Bayern, Baden ging mein Weg nach Württemberg. Dort sollen die Menschen besonders gut sein, hat man mir gesagt, und es war auch so. Ach diese lieben, braven Mütterchen, wie haben sie manches Mal gejammert und sich gesorgt um den Handwerksburschen, wenn es draußen stürmte und schneite und der arme Kerl so erfroren aussah. In jeder dieser Frauen sah ich eine Mutter. Eine Frau gedachte weinend ihres Sohnes, der auch auf Wanderschaft war. Sie band mir ein warmes Tuch um den Hals. Ein Rasierer, bei dem ich bettelte, drückte mich auf den Stuhl und schnitt mir die Haare als Almosen. Zahllose Fälle menschlicher Güte könnte ich aufzählen. Aber vielleicht ein andermal.

Weihnachten kam näher. Die Herzen der Gebenden wurden noch weicher, ihre Worte waren Güte. — Heiliger Abend. Feierlichkeit ist in allen Häusern, in den Handlungen der Menschen, die Gaben fließen reichlicher und größer als sonst. Glänzenden Auges und freudig gibt man dem Handwerksburschen. Viel Schnitzbrot bekam ich. Einmal sogar wunderfeinen Zwiebelkuchen. Schwarzwurst eingewickelt hier, ein Glas Moscht (Apfelwein) dort. Gab es sonst einen Pfennig, so gab es heute zwei, mitunter sogar fünf Pfennig. Die Menschen sind glücklich, wenn sie andere, ärmere, beglücken können. Heute, am heiligen Abend, wird kein Handwerksbursche ohne Gabe abgewiesen.

Es wird dunkel. In dem Dorfe Kuchen bei Göppingen gedenke ich zu übernachten. Noch einige Häuser will ich „mitnehmen", darunter den Pfarrhof. Hätte ich es doch nicht getan. Die Klingel schellt, als ich die Tür zum Pfarrhaus öffne. Der Pfarrer, nemens Kullen, wie ich später erfahr, kam heraus in den Flur. Groß stand er vor mir und sprach: „Junger Mensch, schämen Sie sich nicht, am heiligen Abend betteln

Wie ein furchtbarer Schlag trafen mich die Worte. In mir zerbrach etwas. Ich hätte vor Schmerz aufschreien mögen. Überall Liebe und Güte. Warum gerade hier diese furchtbare, tötende Härte? Ich drehte mich um und ging mit einem „Gute Nacht" fort, Verzweiflung im Herzen, wie betäubt.

Ich wagte es nicht mehr, ein Haus zu betreten, und so suchte ich mir in einer Gastwirtschaft ein billiges Nachtquartier, das man damals für 20 oder 30 Pfennig haben konnte. Im Stall zu schlafen kostete nichts.

Achtzehnjährig, glaubte ich mich schon stark und allen Widerwärtigkeiten gewachsen. Und als ich im Bette lag, da ging ein Zittern durch meinen Körper, ich weinte, ich heulte und schämte mich vor mir selbst, weil ich weinen mußte. Es schüttelte mich wie im Fieber, lange, lange, dann schlief ich ein.

In jener Nacht hatte ich einen schweren Traum. Von weit her kam eine kleine weiße, rotierende Kugel auf mich zu, wurde größer und größer und schien mich zu erdrücken. Ich schrie auf, wurde wach, schlief wieder ein, die Kugel kam wieder mit dem gleichen Resultat wie vorher. Auf mein wiederholtes Schreien kam der Wirt, in Sorge, es sei ein Unglück passiert.

Am anderen Morgen, Weihnachtssonntag, stand ich auf und war wie betäubt. Was ich tat, geschah mechanisch, nur halb bewußt.

Und dann ging es wieder die Landstraße entlang. Ich kam mir selbst fremd vor. Mir war, als sei ich ein anderer, und wieder, als sei ich sehr gealtert. Und ich muß wohl ein anderer geworden sein, denn plötzlich kam mein klares Denken wieder, und in mir stieg etwas hoch ganz heiß wie eine Flamme, Empörung muß es wohl gewesen sein, und dann — weit fort in ein Feld habe ich meinen Rosenkranz geworfen.

S. P.

Zerstörter Kindertraum.

„Bald kommt's Christkindle", klein Hänschen spricht;
Ein Leuchten huscht über sein blasses Gesicht.
„Es soll mir bringen ein Paar neue Schuh'
Und ein warm Höschen und Röcklein dazu;
Auch Äpfel und Nüsse ich haben will."
Doch die Mutter schüttelt den Kopf: „Kind, sei still,
Wir haben kaum Brot,
Vater ist lange schon arbeitslos!"

„Auch einen Christbaum müssen wir haben,
An Kuchen und Keks woll'n wir uns laben."
Hans, Heiner und Lieschen die Mutter umringen
Und sprechen noch von vielerlei Dingen:
Der Heiner ein Schaukelpferd haben will.
Doch die Mutter schüttelt den Kopf: „Kinder, seid still,
Wir haben kaum Brot,
Vater ist lange schon arbeitslos!"

Doch weiter plappert die Kinderschar.
Die Mutter stöhnt: „Das Geld ist so rar".
Versucht ihnen die Wünsche auszureden;
Sie protestieren: „Sind wir nicht immer brav gewesen?"
„Ja Kinder, doch laßt nur eure Wünsche fallen:
„Wir können 's Christkindle nicht bezahlen!"

G. Rehm.

Steckbrief.

Ein Jüngling, Hans, ist pinselblond,
blauäugig, kühn und stolz.
Er schwört auf Frick und Hakenkreuz
mit Faust und Eichenholz.

Der Jüngling Hans, bei meinem Bart,
Germane jede Spur . .
Er fiel nun schon das zweitemal
durch bei dem Abitur.

Der Jüngling Hans bleibt unentwegt,
er leidet keine Pein.
Er schwingt den blanken Femedolch
und singt die Wacht am Rhein.

Dem Jüngling Hans steht deutsche Art,
ganz schwarz und weiß und rot.
Mit seiner Schnauze schlug er schon
viel tausend Juden tot.

Der Jüngling Hans ist Gottes Sohn,
kein Engel ist so rein.
Sein Vater hat 'ne Schnapsfabrik
und er säuft deutschen Wein!

Und wenn er dann besoffen ist,
Heil Hitler und Heil Frick,
dann haut er ganz zu Grus und Mus
die „Judenrepublik".

Der Erbfeind, der wird hingeschlacht . . .
O Leut, es ist ein Graus!
Ein Schutzmann dieser Republik
schleift ihn am End nach Haus.

Hans ist Germane durch und durch,
im Kern ein deutscher Mann.
Dazu hat er ein großes Maul,
und weiter ist nichts dran.

Kai Kefelsen.

Humoristische Ecke.

Statistik.

„Und außerdem", sagte der Redner in der Werbeveranstaltung für die Abstinenzbewegung, „haben Wissenschaftler in vielen sorgfältig zusammengestellten Statistiken berechnet, daß der Zigarrenraucher sein Leben um drei Tage für jede von ihm geraucht Zigarre verkürzt, der Zigarettenraucher um einen Tag für jede von ihm geraucht Zigarette. So schädlich wirkt der Tabakgenuß auf die Gesundheit."

„Ist diese Berechnung absolut sicher und richtig?" fragte ein Zuhörer.

„Untrüglich und zweifellos richtig", entgegnete der Redner.

„O weh, dann bin ich ja schon über fünfzig Jahre tot", ant-